

# Grundsatzprogramm

## Satzungsgemäßer EVP Kongress

17 – 18 Oktober 2012

Bukarest, Rumänien



## INDEX

Einleitung .....	2
Teil I: Werte .....	6
Das Menschenbild .....	6
Freiheit und Verantwortung .....	7
Würde und grundsätzliche Gleichheit .....	9
Gerechtigkeit .....	9
Solidarität .....	10
Achtung der Integrität der Erde und der Schöpfung .....	11
Subsidiarität und Vielfalt .....	12
Unsere Vision der Gesellschaft .....	13
Die Soziale Marktwirtschaft .....	14
Religion und Politik .....	15
Teil II: Neue Herausforderungen für unsere Gesellschaften .....	17
Globale Herausforderungen .....	17
Gesellschaft und Kultur .....	20
Familie und Demographie .....	20
Bildung und Jugend .....	22
Immigration und Integration .....	22
Wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion .....	23
Vertiefung der ethischen Debatte .....	25
Die Rolle der politischen Parteien .....	25
Schutz nationaler Minderheiten .....	27
Die Bedeutung der Regionen .....	27
Freiheit in der Ära des Internet .....	28
Teil III: Die Europäische Union .....	29
Die EU - Eine Union der Werte .....	29
Europa in einer globalisierten Welt .....	30
Was kann Europa besser machen? Subsidiarität und Handlungsfähigkeit .....	39
Wirtschaft, Arbeitsmärkte, Innovation .....	40
Bildung und Forschung .....	43
Erweiterung .....	44
Umwelt, Klimawandel und Energie .....	44
Immigration und Integration .....	45
Demographischer Wandel .....	46
Näher an die Bürger - Die Zukunft der EU-Institutionen .....	47
Wirtschafts- und Währungsunion .....	49
Bürger in der vordersten Reihe .....	53
Schlussbemerkung .....	56
Vorbehalte .....	58

# EVP-Grundsatzprogramm

(Agenommen am EVP Kongress in Bukarest, 17. und 18. Oktober 2012 )

## **Einleitung**

001. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind mit einer Reihe von schweren und beispiellosen Herausforderungen konfrontiert. Auf der anderen Seite ergeben sich auch wichtige neue Möglichkeiten. Wenn die Herausforderungen unerwidert und die Chancen ungenutzt bleiben, riskiert Europa andauernde Krise, Stagnation und Niedergang. Wenn wir uns aber der Herausforderung stellen und unser Potenzial nutzen, können wir die Krise hinter uns lassen und Europa zu mehr Stärke und Wohlstand führen.

002. Unsere politische Familie ist die treibende Kraft des europäischen Integrationsprozesses. Die europäischen Christdemokraten haben 1976 die Europäische Volkspartei als erste europäische Partei gegründet. Sie ist die Partei der Mitte und der rechten Mitte. Nach dem Ende des Kalten Krieges vor zwei Jahrzehnten, halfen wir, den Grundstein für ein wirklich geeintes und freies Europa zu legen. Die 1990er Jahre stellten sich bald als Jahrzehnt heraus, das durch Verfestigung des Aufbauwerks und Vorbereitung einer raschen Erweiterung der euro-atlantischen Institutionen geprägt war. Das Jahrzehnt wurde von einem Gefühl des Optimismus in Bezug auf die globale Ausbreitung der liberalen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft bestimmt. Die EVP stand an der Spitze dieser Entwicklung. Unser Grundsatzprogramm von Athen aus dem Jahr 1992 spiegelt diesen Geist wider, genau wie die Berliner Erklärung von 2001 "Eine Union gemeinsamer Werte" die erweiterte EVP-Familie am Vorabend des Beitritts der mittel- und osteuropäischen Demokratien zur Union widerspiegelt.

003. Überall auf der Welt bleibt der Kampf gegen Armut, Gewalt, Missachtung der Menschenwürde und für die Menschenrechte eine Herausforderung. Darüber hinaus sind in dem Jahrzehnt seit 2000 neue Herausforderungen entstanden. Weltweit befindet sich der Westen in einem beispiellosen und immer intensiveren globalen Wettbewerb mit den aufstrebenden Wirtschaftsmächten. Während sich demokratische Ideen in einigen Teilen der Welt verbreiten, sind andernorts versteckte autoritäre Herrschaft und

fundamentalistisches anti-westliches Denken noch akuter geworden. Diese Situation erfordert eine noch engere transatlantische Partnerschaft. Klimawandel, Umweltzerstörung, die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, Migrationswellen, globale Marktvolatilität, scheiternde Staaten, Terrorismus und grenzüberschreitende kriminelle Netzwerke erfordern eine bessere Zusammenarbeit auf globaler Ebene.

004. Nach der Reform ihrer Strukturen in einem langen und komplexen Prozess steht die Europäische Union nun vor der Notwendigkeit einer grundlegenden Verbesserung ihrer ökonomischen und politischen Governance. Sie muss auch ihre Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges und integratives Wachstum wieder erlangen, sowie ihre Bemühungen fortsetzen, um das Vertrauen der Bürger in die EU-Institutionen und das europäische Projekt zu erhöhen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten stehen vor vielfachen demografischen Herausforderungen, und sie müssen sich nun auch noch einem Schuldenabbau in beispiellosem Umfang stellen. Zu diesen Herausforderungen zählen alternde Bevölkerungen, die Notwendigkeit einer effektiveren und schnelleren Integration einer großen Zahl von Einwanderern, die oft einhergeht mit technologiegetriebenen Veränderungen, in die Gesellschaft und die Verbesserung der Chancen für die jüngeren Generationen. Die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen werden immer wichtiger werden.

005. All diesen Herausforderungen, global und europäisch, kollektiv und individuell, können wir nur auf der Basis von grundlegenden Werten erfolgreich begegnen werden. Diese Werte sind in den letzten zwei Jahrzehnten die gleichen geblieben. Die EVP hat die Zahl ihrer Mitgliedsparteien seit 2000 fast verdoppelt. Vor allem aus Mittel- und Osteuropa sind Mitte- und Mitte-Rechts-Parteien der EVP beigetreten, wodurch die politische Spannbreite unserer Familie erweitert und mit frischen Ideen aus deren historischen Erfahrungen bereichert wurde. Nachdem sie zur Befreiung ihrer Länder vom Kommunismus beigetragen haben, sind sie sich mehr als andere voll und ganz bewusst, dass Freiheit und Menschenrechte nicht für selbstverständlich gehalten werden und jeden Tag geschützt werden müssen. Zusammen in einer politischen Familie, die jetzt breiter ist als je zuvor, bekräftigen wir daher unsere Verpflichtung zu den gemeinsamen Grundwerten der EVP.

006. Diese Werte sind: die Würde des menschlichen Lebens in jedem Stadium seiner Existenz, Freiheit und Verantwortung, Gleichheit und Gerechtigkeit, Wahrheit, Solidarität und Subsidiarität. Das christliche Menschenbild dient ihnen als Ausgangspunkt. Das Erreichen des Gemeinwohls ist ihr Endziel. Für ihre Umsetzung ist eine starke Zivilgesellschaft unabdingbar. In diesem Streben lassen wir uns vom Gebrauch der Vernunft und historischen Erfahrungen leiten. Unsere politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen werden inspiriert durch die ständige Notwendigkeit von Veränderungen und durch den richtigen Gebrauch von Instrumenten zum Erreichen dieser Veränderungen, sowie durch einen Respekt vor der Geschichte und vor der Art und Weise, wie unsere Werte definiert wurden und deren Interpretation sich entwickelt hat.

007. Wir sind davon überzeugt, dass ohne eine stärkere Europäische Union zu diesem Zeitpunkt das Gemeinwohl nicht erreicht werden kann und unsere Grundwerte nicht umgesetzt werden können. Die liberale Demokratie und die soziale Marktwirtschaft sind die definierenden Merkmale für diese Union. Eine stärkere europäische Union erfordert mehr Zusammenarbeit und in Bezug auf einige Themen die Aufrechterhaltung und Ausweitung der Nutzung der Gemeinschaftsmethode in der EU-Entscheidungsfindung. Die Unterstützung unserer Bürger für das europäische Projekt wird von entscheidender Bedeutung für seinen künftigen Erfolg sein. Da jüngere Generationen Frieden, Wohlstand und Sicherheit oft für selbstverständlich halten, müssen wir wirksamer erklären, dass Frieden und Wohlstand, wie wir sie größtenteils seit Ende des Zweiten Weltkrieges genießen, das Ergebnis einer weisen und mutigen Politik sind; einer Politik, welche die Europäische Union geschaffen und über ihre weitere Entwicklung hinweg aufrecht erhalten hat. Wir müssen ebenso erklären, dass die wirtschaftlichen Vorteile, die sich aus dem europäischen Aufbauwerk ergeben, die Kosten erheblich überwiegen.

008. In der Kombination bilden diese Grundwerte und Instrumente ein kohärentes Ganzes, das uns von all unseren politischen Konkurrenten unterscheidet. Sozialismus und ökologischer Fundamentalismus geben Freiheit, Eigenverantwortung und Subsidiarität nicht den gleichen Stellenwert. Libertarismus vernachlässigt Solidarität und deren inhärente Werte. Populismus und ökologischer Fundamentalismus stehen im Widerspruch zu Fortschritt, Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft. Populismus, Nationalismus und Euroskeptizismus sind unvereinbar mit einer starken und effizienten Europäischen Union, die in der Lage ist, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen.

009. Die Europäische Union hat eine schwere Wirtschaftskrise durchlebt, deren Wurzeln in jahrzehntelanger Überschuldung, mangelnder Wettbewerbsfähigkeit einiger Mitgliedstaaten, fehlerhaften Praktiken und fehlender Regulierung der Finanzmärkte und unzureichenden Mechanismen zur Klärung grundlegender Probleme in den Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene liegen. Um zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum zurückzukehren und eine erfolgreiche Zukunft in der gesamten Union zu sichern, müssen wir noch mehr Menschen dazu bringen, zu arbeiten und länger zu arbeiten. Dies ist nur auf der Grundlage der Werte möglich, die unserer politischen Familie wichtig sind. Wir müssen dazu die Wirtschafts- und Währungsunion weiter entwickeln, die ökonomische Governance verstärken und bessere und effizientere Instrumente zur Koordinierung in der fiskalen und grenzüberschreitende Sozialpolitik entwickeln. Und wir werden ständig an der Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf den globalisierten Märkten sowie an der Freisetzung ungenutzter Wachstumspotenziale und der Befreiung protektionierter und fragmentierter Märkte von Überregulierung und Bürokratie arbeiten. Wir wissen, dass dies nicht leicht werden wird, aber wenn unsere politische Familie sich diesen Herausforderungen nicht stellt, wird es niemand tun.

010. Vor zwanzig Jahren hat Europa triumphiert. In der Zwischenzeit haben sich neue Risiken ergeben, aber es wurden auch enorme Fortschritte bei der Entwicklung Europas hin zu mehr Stabilität und Wohlstand gemacht. Unsere politische Familie hat die führende Rolle in diesem Prozess gespielt und wird dies weiterhin tun. Wir waren und werden auch in Zukunft dazu in der Lage sein, wenn wir uns an unsere Grundwerte halten, und dabei unsere Strategien an die Herausforderungen von heute und morgen anpassen. Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind die Stärkung des europäischen Bewusstseins für Ziel und Richtung, die Bekräftigung unserer Werte, ihre Anwendung auf die Herausforderungen und Chancen, die sich uns stellen, darauf aufbauend die Entwicklung von politischen Strategien, die der Europäischen Union helfen, diesen kritischen Zeitpunkt zu überwinden. Gemeinsam können wir ein stabiles, freies und wohlhabendes Europa aufbauen, das sicher für unsere Kinder und gut für die Welt ist.

## **Teil I: Werte**

### **Das Menschenbild**

101. Wir, die Mitgliedsparteien der EVP, bekräftigen die unveräußerliche Würde jedes menschlichen Wesens von Anfang an und in allen Phasen seiner Existenz. Wir betrachten den Menschen als Subjekt und nicht Objekt der Geschichte. Jüdisch-christliche Werte und das hellenistisch-römische Erbe erkennen wir als unsere Grundlagen an und betrachten deshalb jeden Mann und jede Frau als einzigartiges menschliches Wesen, als eine Person, unersetzlich, absolut nicht reduzierbar, von Natur aus frei und offen gegenüber Transzendenz. Insbesondere bekräftigen wir, dass alle Männer und alle Frauen die gleiche natürliche Würde und Bedeutung haben und daher von ihrer Natur her gleich sind. Sie teilen die gleichen Rechte und Pflichten.

102. Wir schätzen ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Tradition und Moderne. Sie ergänzen einander. Auf der einen Seite respektieren wir die Definition der Institutionen und Werte der europäischen Geschichte und die Stabilität und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Auf der anderen Seite lassen wir uns von den zwei grundlegenden Konzepten leiten, die an den Wurzeln der Moderne liegen: Fortschritt, die Idee, dass wir durch ständige Veränderungen für ein besseres Morgen arbeiten können und müssen, und die europäische Aufklärung mit ihrer Forderung, die Vernunft zu benutzen, um uns aus selbstverschuldeter Unmündigkeit zu befreien.

103. Weil die Menschen frei, verantwortlich und voneinander abhängig sind, nehmen sie Teil am Aufbau und an der Verbesserung der Gesellschaft.

104. Freiheit liegt in der Natur des Menschen. Das bedeutet, dass jeder Mensch das Recht und die Pflicht hat, die volle Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen, und die Verantwortung gegenüber seinen Nachbarn und der Erde für die Integrität der Schöpfung teilen muss.

105. Fortschritt ist das Ergebnis zahlreicher Versuche, das Gemeinwohl über verschiedene Wege, durch Versuche, Fehler und Dialog zu erreichen. Die Wahrheit ist

nicht automatisch für den Menschen zugänglich und der Mensch ist von Natur aus fehlbar. Folglich erkennen wir an, dass es für niemanden möglich ist, eine perfekte Gesellschaft frei von allen Schmerzen oder Konflikten zu konzipieren geschweige denn aufzubauen. Wir lehnen jede Form von Totalitarismus ab, der auf einem solches Bestreben basiert. Jeder Mensch ist fähig, über sein eigenes Konzept des Guten zu verfügen, dieses zu verfolgen und zu überarbeiten. Das demokratische Gemeinwesen behandelt Menschen mit unterschiedlichen Konzepten des Guten mit gleichem Respekt und gleicher Sorge, vorausgesetzt, sie werden in Übereinstimmung mit den Werten der Toleranz und auf demokratischem Wege zum Ausdruck gebracht.

106. Die Gedanken und das politische Handeln der EVP basieren auf grundlegenden, voneinander abhängigen, gleich wichtigen und universell einsetzbaren Werten: Freiheit und Verantwortung, grundsätzliche Gleichheit, Gerechtigkeit, Wahrheit und Solidarität sowie Subsidiarität. Für uns sind diese Werte universal, nicht ausschließlich westlich, obwohl sie historisch im Westen entstanden sind und im Dialog mit anderen Kulturen entwickelt wurden. Dies betrifft insbesondere die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Trennung zwischen staatlichen Behörden und religiösen Institutionen, die Gewaltenteilung, Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit.

### **Freiheit und Verantwortung**

107. Seit mehr als zwei Jahrzehnten leben wir in einem Europa, das stärker geeint und freier als je zuvor ist. Dies beruht teilweise auf einem Prozess des europäischen Aufbauwerks, der erfolgreicher war als erwartet. Aber auch auf der Befreiung Mittel- und Osteuropas vom totalitären Kommunismus und Teilen Südeuropas von autoritärer Herrschaft. Die Erfahrung grundlegender individueller und politischer Rechte beraubt zu sein und für die Freiheit zu kämpfen, wobei das persönliche Wohlbefinden und manchmal Menschenleben riskiert wurden, und die Überwindung von Totalitarismus und Diktatur, haben ganz Europa bereichert. Dies hat in unserer politischen Familie die unwiderrufliche Verpflichtung zur menschlichen Freiheit und die unerschütterliche Ablehnung totalitärer und autoritärer Herrschaft bestärkt. Auch nach 20 Jahren können (und sollten) die Bemühungen der neuen Mitgliedsparteien in den ehemals kommunistischen Ländern zur Umsetzung und Wahrung demokratischer Werte wegen der überkommenen, aber weiter vorhandenen autokratischen Traditionen oder aufgrund einer vorgetäuschten Umstellung



auf europäische Normen durch die Nachfolger der ehemaligen kommunistischen Parteien nicht nachlassen.

108. Wir glauben, dass wahre Freiheit Autonomie und Verantwortung und nicht Willkür bedeutet. Wahre Gerechtigkeit und Solidarität können nur existieren, wenn die Existenz der Freiheit von jedem als wesentliche Voraussetzung akzeptiert wird.

109. Nach diesem Konzept trägt jeder Mitverantwortung für die Integrität der Schöpfung. Personen, Gruppen, Gemeinschaften, Völkern, Nationen und Staaten sind daher verantwortlich für ihre Handlungen in Bezug auf jeden heute und in der Zukunft lebenden Menschen, die alle einzigartige Teile der Schöpfung sind.

110. Deshalb versucht die EVP, alle Menschen in ihrem täglichen Leben in den Genuss der unveräußerlichen Rechte kommen zu lassen, die jedem Menschen zustehen. Dies beinhaltet sowohl das Recht, ihre Gaben, Talente und Fähigkeiten voll zu entwickeln, als auch auf der anderen Seite die Verpflichtung, diese in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen und zu allen Zeiten zu versuchen, die Werte der Gerechtigkeit und der Solidarität in den Beziehungen zu anderen anzuwenden.

111. Behörden leiten ihre Legitimität aus der Notwendigkeit ab, geeignete Bedingungen für die persönliche Entwicklung eines jeden, sowohl individuell als auch im Kontext von Gemeinschaften, zu schaffen. Jede Institution, ob öffentlich oder privat, und unabhängig davon, auf welcher Ebene sie tätig ist, muss daher unter allen Umständen das allgemeine Interesse und das Gemeinwohl der Menschheit mit speziellem Augenmerk auf die Ärmsten und die am meisten Gefährdeten schützen.

112. Das Gemeinwohl darf nicht mit der Summe der individuellen Interessen verwechselt werden. Allerdings müssen diese Interessen immer mit einem gebührenden Respekt für die Rechte der einzelnen Person vereinbar sein: individuell, zivil und politisch, wirtschaftlich und sozial, religiös, kulturell und kollektiv.

113. Das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und die freie Ausübung ihrer legitimen Rechte kann nicht dazu genutzt werden, um einzelnen Personen die Ausübung und

Wahrnehmung ihrer Grundrechte zu verweigern oder die Menschen auf den Weg der Gewalt zu führen.

114. Dieser Respekt für die Freiheit und Gleichheit anderer sollte nach Meinung der EVP auch in der Art, wie wir diskutieren und miteinander kommunizieren, vor allem in öffentlichen Debatten, unabhängig von der Meinung und Überzeugung der anderen, anerkannt werden, und in der Art, wie wir andere Gruppen und deren Überzeugungen, Minderheiten und Institutionen ansprechen.

115. Wir glauben, dass es notwendig ist, das Recht auf Verweigerung von Handlungen aus Gewissensgründen zu respektieren.

### **Würde und grundsätzliche Gleichheit**

116. Alle Menschen genießen die gleichen Rechte, denn sie verfügen über die gleiche Würde, die auf der menschlichen Natur beruht. In Beziehungen mit anderen ist daher die Freiheit jeder Person begrenzt durch einen Respekt für die Freiheit und Würde anderer, die sich aus der Anerkennung dieser grundsätzlichen Gleichheit ergibt. Trotz ihrer Unterschiede in Bezug auf Gaben, Talente und Fähigkeiten, muss jede Person in der Lage sein, ihre persönliche Entwicklung in Freiheit und Gleichheit unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Rasse, sexueller Orientierung, Nationalität, Religion, Überzeugung, sozialem Status oder Gesundheitszustand zu erreichen.

### **Gerechtigkeit**

117. Aus dem Begriff der Gerechtigkeit folgt, dass die notwendigen Voraussetzungen für Einzelne, aber auch für Gemeinschaften, je nach ihrer Art und Ziele, zur Ausübung ihrer Freiheit jederzeit gewährleistet sein müssen. Es ist ein Grundmerkmal der Gerechtigkeit, jedem Individuum seine Rechte zuzuschreiben und sich aktiv für mehr Chancengleichheit und ein Leben in einer Gesellschaft des gegenseitigen Respekts einzusetzen. Es liegt in der Verantwortung des Staates, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft, durch Gesetzgebung, Partnerschaft und Partizipation auf allen Ebenen - privat, national und international - soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten.

118. Eine Dimension der Gerechtigkeit ist der Respekt für das Gesetz und dessen unparteiische Anwendung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen vor dem Gesetz gleich sein. Die Gesetze werden ständig im Einklang mit der Dynamik der Zivilisation und des technischen Fortschritts weiterentwickelt, aber sie müssen immer die Menschenwürde und die Menschenrechte achten, und sie müssen von den Menschen und ihrer Gemeinschaften frei anerkannt werden.

119. Gesetze müssen auf der Grundlage der allgemeinen Achtung der grundlegenden und unveräußerlichen Rechte des Menschen entwickelt werden, wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950 und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union wie im Vertrag von Lissabon 2009 bestätigt, festgelegt wird.

120. Gerechtigkeit darf nicht willkürlich sein oder mit der Diktatur der Mehrheit verwechselt werden. Sie erfordert Respekt für Minderheiten, denen keine Mehrheit die freie Ausübung ihrer Rechte verweigern kann, und sie erfordert den Verzicht auf die Einführung von Maßnahmen und Politiken, die nicht kompatibel mit den grundlegenden Menschenrechten sind.

## **Solidarität**

121. Gerechtigkeit und Solidarität sind untrennbar miteinander verbunden. Da alles, was einem Menschen geschieht, Auswirkungen auf andere hat, bedeutet Solidarität ein Bewusstsein der Interdependenz und Verflechtung der Menschen. Sie bedeutet auch praktisches Handeln, Teilen, wirksame Hilfe, und Rechte und Pflichten in Bezug auf Individuen und ihre Gemeinschaften.

122. Solidarität ist eine gemeinsame Verantwortung: Die Starken sollten Menschen in Not helfen, die ihrerseits wiederum bemüht sein sollten, ihre Situation nach ihren Fähigkeiten zu verbessern.

123. Unter Bekräftigung der Einheit der Menschheit in Raum und Zeit, sehen wir Solidarität nicht nur horizontal zwischen den Menschen aller Generationen und aller Orte,

sondern auch vertikal; in Bezug auf die legitimen Interessen der künftigen Generationen und insbesondere zur Wahrung der Schöpfung.

124. Solidarität beginnt zu Hause, in der Familie, und ist für das Gemeinwohl der Gemeinschaften, Nationen und der EU als Ganzes unverzichtbar. Das Subsidiaritätsprinzip verlangt, dass sich Solidarität stets im Gleichgewicht mit den Konzepten der individuellen Verantwortung und der Selbstverwirklichung befindet. Im Zeitalter der Globalisierung sind Solidarität und Ablehnung von Habgier Ausdruck der Anerkennung des globalen Gemeinwohls. Die gegenseitige Abhängigkeit und das gemeinsame politische Schicksal der EU-Staaten erfordern europäische Solidarität. Institutionalisierte Solidarität zwischen den europäischen Mitgliedstaaten sollte jedoch bedingen, dass die Mitgliedstaaten ihre gesetzlichen Pflichten übernehmen.

### **Achtung der Integrität der Erde und der Schöpfung**

125. Wir sind gegen die unreflektierte und ungerechte Ausbeutung der Erde ohne Rücksichtnahme auf das begrenzte Potenzial der Natur zur Selbstregeneration. Unser Konzept des Menschen erfordert verantwortungsvollen Umgang mit der Erde im Hinblick auf die Erfüllung der angemessenen Bedürfnisse aller und die Verbesserung der Lebensbedingungen und der Lebensqualität aller, auch unter Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung zum Schutz der legitimen Interessen der zukünftigen Generationen. Dies impliziert den Verzicht auf Politiken und Praktiken, deren zukünftige Auswirkungen wir gemäß dem Vorsorgeprinzip nicht überblicken können. Wir fördern neue Technologie, Forschung und Innovation da sie der Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung sind. Die EU muss in diesem Bereich eine führende Rolle übernehmen.

126. Deshalb sollten wir unsere persönliche, nationale und europäische Verantwortung im Umgang mit dem Problem des Klimawandels vollständig ausüben, und wir sollten auf allen Ebenen daran arbeiten, diese Verschlechterung zu mildern und uns gleichzeitig an ihre Folgen anzupassen.

127. Hohe Umwelt- und Sozialstandards sind Voraussetzungen für gute Lebensbedingungen. Wir glauben an das gute Urteilsvermögen der Menschen. Gesetze sollten den passenden Rahmen für eine fundierte und begründete Entscheidung schaffen.

## **Subsidiarität und Vielfalt**

128. Wir glauben, dass die Demokratie eine entscheidende Voraussetzung für das Leben des Menschen als Bürger und für prosperierende Gesellschaften ist. Demokratie beruht immer auf Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und freien Wahlen. Teilhabe der Bürger am öffentlichen Leben und an Entscheidungen, die alle betreffen, stellen ein wesentliches Element der Demokratie dar. Wir betrachten die Teilhabe der Bürger auf allen Ebenen als unverzichtbares Mittel zum Erreichen einer echten Demokratie.

129. Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet, dass die Macht auf der Ebene ausgeübt werden muss, wo sie sowohl am effektivsten als auch dem Bürger am nächsten ist, sofern sie effektiv auf dieser Ebene ausgeübt werden kann. Politiken, Maßnahmen und rechtliche Rahmenbedingungen, die auf europäischer Ebene am effektivsten sind, sollten an die Europäische Union übertragen werden, während Aufgaben, die in angemessener Weise auf einem niedrigeren Niveau durchgeführt werden können, nicht auf eine höhere Ebene übertragen werden sollten. Alle Ebenen der Governance in der EU müssen mit Transparenz bei der Durchführung dieser Aufgaben zusammenarbeiten.

130. Die Grenzen, die sich durch das Subsidiaritätsprinzip ergeben, tragen auch zu einer speziellen Gewaltenteilung bei, indem Machtkonzentration verhindert wird. Wir haben dabei ein starkes, von unten nach oben strukturiertes System ins im Blick, das sich von autonomen Einzelpersonen über Familien und deren Organisationen, Gemeinschaften, Städte, Regionen und Mitgliedstaaten bis auf die Ebene der Europäischen Union erstreckt.

131. Wenn Regierungen grundlegende Menschenrechte verletzen, hat die internationale Staatengemeinschaft die Verantwortung, Schutzmaßnahmen auf der Grundlage von Verträgen, Abkommen, Vereinbarungen und anderen Texte zu treffen, und sogar durch die Kodifizierung einer Verpflichtung zum Eingreifen mit sich steigernden, aber angemessenen Mitteln, um die Verletzungen zu stoppen, unter strenger internationaler und demokratischer Kontrolle.

132. Die Existenzberechtigung der Souveränität der Staaten ist es, diesen zu ermöglichen, das Gemeinwohl, das Wohlergehen und die Entwicklung ihrer Völker zu gewährleisten und die internationale Rechtsordnung zur Achtung der Menschenwürde zu verteidigen und

wiederherzustellen. Dies bedeutet aber auch, dass Staaten, wann immer sie individuell keine wirksamen Maßnahmen treffen können, ihre Souveränität in supranationalen und internationalen Organisationen teilen müssen. Sie sollten ihre Fähigkeiten in internationalen und globalen Partnerschaften und Abkommen kombinieren.

### **Unsere Vision der Gesellschaft**

133. Unsere Werte sollten sowohl für die politische Ordnung als auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereiche maßgeblich sein.

134. Wirtschaftliche Entwicklung, die auf den Beiträgen einer jeden einzelnen Person beruht, kann Wohlbefinden und Frieden nicht fördern, wenn die Früchte nicht mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen der einzelnen Person und deren persönlicher Entwicklung vereinbart werden. Aus diesem Grund sind wir für die soziale Marktwirtschaft und müssen nachhaltige Systeme der Solidarität und Verantwortung unterstützen und entwickeln.

135. Wir müssen wachsam gegenüber der Gefahr bleiben, dass Missbrauch wirtschaftlicher Macht zu einer Einschränkung der Freiheit, zu Ungleichheit und Ungerechtigkeit führt. Es ist daher wichtig, den Wettbewerb zwischen den Marktkräften zu sichern sowie Solidarität und soziale Gerechtigkeit zu fördern.

136. Subsidiarität drückt sich nicht nur vertikal im politischen System aus, sondern auch horizontal in der Gesellschaft, basierend auf der Prämisse, dass die Gesellschaft in Freiheit aufgebaut werden kann. Die Behörden müssen deshalb die Menschenrechte und Grundfreiheiten achten, die relative Autonomie der gesellschaftlichen Gruppen anerkennen und unterstützen und nicht an die Stelle privater Initiativen treten, sofern diese nicht schwach oder nicht-existent sind. In diesem Geist fördert die Europäische Volkspartei eine lebendige Zivilgesellschaft durch die Aktivitäten der nichtstaatlichen Organisationen und durch die Gründung von Vereinigungen. Wir glauben auch, die EU sollte direkte Beziehungen mit den Vereinigungen von Erzeugern, Verbrauchern, Gewerkschaften, Wirtschaftskammern und anderen sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Akteuren fördern.

## **Die Soziale Marktwirtschaft**

137. Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft wurde in der dunkelsten Stunde Europas, in den 1930er und 1940er Jahren, als Gegenmittel zu Krise, Totalitarismus und Krieg entwickelt. Sie baute auf Konzepten und Politiken auf, die im neunzehnten Jahrhundert und in den darauffolgenden Jahrzehnten durch gesellschaftliche Organisationen und Kirchen entwickelt worden waren. Die soziale Marktwirtschaft ist vor allem ein zutiefst politisches Konzept zum Schutz der menschlichen Freiheit durch den Erhalt und die Entwicklung des Marktes. Ihren klarsten Ausdruck fand sie in der Politik der Christdemokraten in den ersten Jahrzehnten Nachkriegs-Europas; sie stellt ein Grundprinzip unserer politischen Familie dar. Sie bildet eine wirtschaftliche und soziale Ordnung, die in den Verträgen verankert ist und die persönliche Freiheit, privates Eigentum und freien Wettbewerb auf dem Markt mit sozialen Rechten, öffentlichem Interesse und nachhaltiger Entwicklung in Einklang bringt. Unsere politische Familie muss die Ethik der Arbeit und des Unternehmertums erneut betonen, die jedem ermöglicht, den eigenen Lebensunterhalt verdienen zu können. Die EVP spricht sich für einen starken Sozialdialog aus und würdigt die wichtige Rolle der Sozialpartner.

138. Die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft verdienen Solidarität, solange sie sich nicht selber unterstützen können. Allerdings sollte diese Politik nicht im Widerspruch zu dem Grundsatz der Eigenverantwortung in einem wettbewerbsintensiven Marktumfeld stehen. Nach der Erfahrung einer schweren weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, muss die Förderung und Stärkung der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft auf europäischer und globaler Ebene in einer immer stärker vernetzten Weltwirtschaft unsere oberste Priorität sein. Die Märkte müssen so frei wie möglich arbeiten und unfaire Praktiken und protektionistische Maßnahmen gegen den freien Wettbewerb und den Freihandel müssen abgeschafft werden.

139. Eine soziale Marktwirtschaft auf europäischer und globaler Ebene muss auf dem Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit basieren. Das bedeutet ein immer größeres Augenmerk auf erneuerbare Energiequellen, Ausstieg aus nichtnachhaltiger Energieerzeugung, Energieeffizienz, Erhalt der Artenvielfalt, Erhalt und Wiederherstellung natürlicher Ressourcen (Wasser, Luft und Boden). Es bedeutet auch, dass das

Wirtschaftswachstum die Faktoren unterstützen sollte, welche die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger erhöhen.

## **Religion und Politik**

140. Wir, die Mitgliedsparteien der EVP, bekräftigen die Verbindung, die zwischen christlichen Werten, die auf dem Evangelium und dem christlichen kulturellen Erbe beruhen, und den demokratischen Idealen der Freiheit, der grundsätzlichen Gleichheit aller Menschen, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität besteht. Gleichzeitig betonen wir die Trennung von Kirche und Staat und die Notwendigkeit, zwischen den Rollen der Kirche und des Staates in der Gesellschaft, sowie zwischen Religion und Politik zu unterscheiden. Das Evangelium ist kein politisches Programm. Die oben genannte Unterscheidung sollte jedoch niemals den Ausschluss von Kirchen aus dem öffentlichen Bereich rechtfertigen oder zur Geringschätzung der Notwendigkeit eines ständigen Dialogs und der Interaktion zwischen der politischen und der religiösen Sphäre führen. Dieser Dialog sollte gestärkt werden. Die EVP begrüßt Artikel 17 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und betrachtet ihn als ein wichtiges Instrument, zum Beispiel beim Umgang mit der Frage der Verfolgung von Christen und anderen religiösen Gruppen in der ganzen Welt. Die Freiheit der Religion, einschließlich des Rechts auf Wechsel der Konfession oder Austritt aus der Kirche, ist ebenbürtig mit anderen grundlegenden Menschenrechten.

141. In Anerkennung der griechisch-römischen und jüdisch-christlichen Wurzeln unserer Zivilisation und der Aufklärung als Inspirationsquellen der, wollen wir uns als Partei der Werte ohne konfessionelle Bindung positionieren. Dies gilt sowohl für diejenigen von uns, die an Gott als Quelle der Wahrheit, Gerechtigkeit, des Guten und des Schönen glauben, und die glauben, dass die Menschheit dazu aufgerufen ist, einen Beitrag zu Gottes Werk der Schöpfung und der Freiheit zu leisten, als auch für diejenigen, die diesen Glauben nicht teilen, die aber die gleichen universellen Werte aus anderen Quellen ableiten.

142. Wenn sie ihre Werte verwerfen, vergessen, vernachlässigen oder abschwächen würde, wäre die Europäische Volkspartei nicht mehr als ein Instrument der Macht, ohne Seele oder Zukunft, und würde dabei auch die universelle und ursprüngliche Natur ihrer Botschaft verwirken, die auf einer umfassenden Beurteilung der nicht reduzierbaren



Komplexität eines jeden menschlichen Wesens und des Lebens in der Gesellschaft basiert.

## **Teil II: Neue Herausforderungen für unsere Gesellschaften**

201. Das europäische Projekt, für das die Mitgliedsparteien der EVP Pioniere und treibende Kraft waren, ist noch nicht vollendet. Zwar wurde Europa nach dem Krieg wieder aufgebaut, Krieg ist heute zu einer fernen Drohung geworden, die Entwicklung hin zu Totalitarismus wurde umgekehrt; der Kontinent ist fast vereint und friedlicher und wohlhabender als je zuvor. Aber es gibt keinen Grund zur Selbstgefälligkeit.

202. Das 21. Jahrhundert bietet nicht nur dramatische neue Chancen, sondern auch Herausforderungen und Bedrohungen. Die Globalisierung verlangt eine facettenreiche Antwort, aber es muss eine starke und kohärente europäische Antwort sein. Die enormen Machtverschiebungen in Wirtschaft und Geopolitik erfordern neue gemeinsame Bestrebungen in Bezug auf Innovation und Kompetenz, die auf Werten und langfristigen Visionen und Strategien beruhen. Die demografische Entwicklung, der Klimawandel, Bedrohungen für die Ernährungssicherheit, das Schrumpfen der Artenvielfalt und neue Knappheiten machen weitreichende Veränderungen unvermeidlich.

203. Wir glauben, dass die globalen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte die Grundsätze des europäischen Sozialmodells sowie die Notwendigkeit seiner Weiterentwicklung zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit bekräftigt haben.

### **Globale Herausforderungen**

204. Nach Überwindung des Totalitarismus und nach der Schaffung der Voraussetzungen für Aussöhnung und Verhinderung von Krieg in Europa, sind wir jetzt mit einer dramatischen Verschiebung der Machtverhältnisse weltweit und der Entstehung einer neuen globalen Landschaft konfrontiert. Dies geht Hand in Hand mit weitreichenden demographischen und wirtschaftlichen Veränderungen. Außerdem schränken kulturelle und finanzielle Zwänge die Bereitschaft Europas zur Übernahme einer stärkeren geopolitischen Verantwortung ein. Das Ende des Kalten Krieges und der erfolgreiche Kampf gegen Armut und Unterentwicklung in vielen Ländern haben neue Möglichkeiten für eine friedliche internationale Zusammenarbeit und die Stärkung der globalen Governance geschaffen. Aber auf der anderen Seite gibt es zunehmende Bedrohungen durch regionale Unsicherheiten, scheiternde Staaten, die Suche nach natürlichen Ressourcen,

ungeklärte territoriale Streitigkeiten, Terrorismus und neue und alte Massenvernichtungswaffen in den Händen von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren. In dieser neuen politischen Landschaft muss sich Europa bewusst sein, dass es seinen bisher noch erheblichen Einfluss auf das Weltgeschehen auch leicht verlieren kann, besonders im Hinblick auf die Verschiebung der Aufmerksamkeit seines wichtigsten Verbündeten, den Vereinigten Staaten, hin zu anderen Teilen der Welt. Diese Chancen und Gefahren im Bereich der internationalen Politik und der Außenpolitik der EU werden eine weitsichtige, engagierte, starke und kreative Antwort aus der Union erfordern. Sie selbst bieten eine neue Rechtfertigung zur Fortsetzung und Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses.

205. Die Globalisierung und die Informationsgesellschaft erhöhen die Abhängigkeiten und die wirtschaftlichen Ansteckungsgefahren zwischen den Ländern und zwischen den Wirtschaftsregionen und können daher viel schneller als in der Vergangenheit zu negativen wirtschaftlichen Entwicklungen führen. Globalisierung und zunehmende Interdependenz haben drohende Gefahren ebenso wie große Chancen für die europäische Wirtschaft geschaffen. Die zunehmende Kaufkraft in vielen Teilen der Welt und die Ausweitung des Welthandels sorgen für neue Potenziale für Europas Export von Waren und Dienstleistungen. Gleichzeitig hat die weltweite Arbeitsteilung die Kosten vieler wichtiger Produkte für europäische Verbraucher gesenkt. Millionen neuer Arbeitsplätze sind geschaffen worden. Auf der anderen Seite hat die gleiche neue Arbeitsteilung schwere Verluste von Arbeitsplätzen auf unserem Kontinent verursacht. Darüber hinaus wird die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas in einem beispiellosen Ausmaß in Frage gestellt, insbesondere im Hinblick auf demografische Struktur, Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungsmustern und mangelnde geografische Mobilität. Hinzu kommt, dass schmerzlich klar geworden ist, dass unsere derzeitigen Muster der übermäßigen öffentlichen und privaten Ausgaben für Kredite und Schulden nicht nur im Hinblick auf künftige Generationen, sondern sogar auf kurze Frist nicht haltbar sind. Die Einführung des Euros hatte sicherlich die Volkswirtschaften der Teilnehmerstaaten angetrieben und ist damit irreversibel oder kann nur zum Preis dramatischer und unkontrollierbarer Folgen rückgängig gemacht werden. Die zentrale Frage für die Bürger und die Politik ist, ob wir bereit und willens sind, die vollen wirtschaftlichen, finanziellen und institutionellen Konsequenzen zu tragen, die mit einer gemeinsamen Währung einhergehen. Wir als EVP stehen daher vor der dreifachen Herausforderung einer intensiven und umfassenden

Reform und Modernisierung unserer Volkswirtschaften zur Anpassung an die Erfordernisse des globalen Wettbewerbs auf der einen Seite, auf der anderen Seite, unsere öffentlichen und privaten Einkommen in ein neues Gleichgewicht mit unseren Ausgaben zu bringen, ohne wirtschaftlichen Abschwung und Massenarbeitslosigkeit auszulösen, und zur Herbeiführung der institutionellen Reformen, die für den Erhalt einer gemeinsamen Währung notwendig sind.

Das europäische Projekt zu retten, wird angesichts dieser Herausforderungen Vision und Expertise erfordern.

206. Die industrielle Revolution, Bevölkerungswachstum, technologische Fähigkeiten und vor allem die enorme Steigerung der Produktion und des Verbrauchs sind konfrontiert mit den Grenzen dessen, was die Erde reproduzieren und absorbieren kann und haben in einer Reihe von Fällen ihre Kapazitätsgrenzen bereits überschritten. Dieses Gleichgewicht wieder herzustellen ist nicht weniger als eine Frage des Überlebens der Menschheit und eine zentrale Herausforderung dieser und künftiger Generationen. Darüber hinaus spüren unsere Volkswirtschaften bereits die Zwänge der kommenden Knappheiten, insbesondere im Bereich der Energie. Drastische Veränderungen in unseren Mustern von Produktion und Konsum sind unvermeidbar; die globale Erwärmung wird sie umso dringlicher machen.

Auf der anderen Seite können bestehende und neu entwickelte nicht nur Alternativen zu nicht-nachhaltigen Trends in unseren Volkswirtschaften und Lebensformen schaffen, sondern auch vielversprechende neue Perspektiven in Sachen Veränderung, Innovation, Beschäftigung und Wachstum liefern. Die Ökologisierung unserer Volkswirtschaften bietet - national, regional und global - Chancen für neues Unternehmertum und für mutige Lösungen in Bezug auf die Knappheiten. Sie kann eine neue Einnahmequelle gleichermaßen für moderne und bisher weniger entwickelte Gesellschaften darstellen. Diese dritte übergreifende Herausforderung ist zur gleichen Zeit ein unverzichtbarer neuer Bereich für eine europäische Zusammenarbeit: Herausforderungen in Bezug auf die Umwelt erfordern Lösungen, die über nationale Grenzen hinausgehen. Die meisten von ihnen verlangen einen globalen Ansatz, in dem das Eintreten für die Visionen und Interessen Europas ohne eine starke, einheitliche und weitsichtige Politik und Praxis nicht wirksam sein wird.

## **Gesellschaft und Kultur**

207. Europa ist seit jeher ein Ort der Kultur, der Rationalität, des Fortschritts, des Wissens und des Humanismus. Wir als EVP glauben, dass es im Kontext der Globalisierung eine gemeinsame europäische Kultur gibt. Deshalb sind wir für die Stärkung einer Gesellschaftsstruktur, in der es Raum für Familien, Gemeinden, Bürgerverbände, Regionen und Nationen gibt. Wir legen starken Wert auf die persönliche Verantwortung der Bürger, ein Gleichgewicht zwischen kommerziellen und Non-Profit-Initiativen einschließlich kultureller Aktivitäten und zwischen bezahltem und freiwilligem Engagements. Die Politik sollte dies unterstützen.

208. Ein starkes Gefühl für die europäische Identität als unabdingbare Voraussetzung für eine dynamische Union zu fördern, muss auf der sozialen, kulturellen und geistigen Vielfalt unseres Kontinents basieren. Diese Vielfalt umfasst auch den Beitrag anderer Religionen als des Judentums und des Christentums, wie z.B. des Islam.

209. Gleichzeitig brauchen wir auf der einen Seite den Schutz und die Förderung der offiziellen lokalen und regionalen Sprachen und das Recht auf Bildung in der Muttersprache in einer entsprechenden Anzahl von Schulen und auf der anderen Seite mehrsprachige Erziehung, die ermöglicht, dass die Bürger Europas problemlos miteinander kommunizieren können.

210. Wir sehen einen großen Bedarf für den Schutz und die Förderung von Werten, die von rein kommerziellen Interessen getrennt zu betrachten sind, und für die Entwicklung zeitgenössischer kultureller Ausdrucksformen im Bereich der Medien; einschließlich neuer Medien, Architektur und Raumplanung, Kunst, Literatur und Erhalt unseres kulturellen Erbes und dessen Bereicherung durch die Förderung des kulturellen Austauschs und der Mobilität.

## **Familie und Demographie**

211. Wie in Artikel 16 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt, ist die Familie die natürliche und grundlegende Keimzelle der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat. Die Familie ist unersetzlich als zentrale Institution, in

der Liebe und Nächstenliebe, Mitgefühl und die menschliche Solidarität gepflegt und anerzogen werden, wobei verschiedene Generationen vereint sind. Sie ist der Ort, an dem Eltern und Kinder Verantwortung für einander übernehmen und Solidarität für einander praktizieren. Starke Familien sind auch eine Voraussetzung für eine bessere demografische Entwicklung.

212. Wir sind uns der Notwendigkeit eines neuen Gleichgewichts zwischen bezahlter und professioneller Arbeit auf der einen Seite, und Familienpflege auf der anderen in unseren Gesellschaften bewusst, um die Solidarität zwischen den Generationen zu stärken. Gleichzeitig erfordern unsere demografischen Herausforderungen eine längere Teilnahme am Arbeitsprozess und mehr Spielraum für die Pflege und Erziehung von Kindern, auch in Form der Bereitstellung von Kindertagesstätten und anderen sozialen Diensten und in Form einer Anordnung der Arbeitsorganisation, welche den Einklang zwischen Privatleben und Berufsleben berücksichtigt. Wir betonen die Notwendigkeit, die Arbeit der Eltern als Erzieher im Rahmen der Sozialpolitik anzuerkennen. Wir glauben, dass die Finanzpolitik Familien und Solidarität zwischen den Generationen fördern sollte.

213. Die EVP lehnt Abtreibung als Methode der Familienplanung ab. Wir fördern die Unterstützung von Programmen und Initiativen für Eltern und Familien, um jedes Kind willkommen zu heißen, insbesondere, wenn Schwierigkeiten oder unvorhergesehene Schwangerschaften auftreten. Es soll kein sozialer Druck auf Eltern ausgeübt werden, die sich entscheiden, ein Kind mit einer Behinderung zu akzeptieren.

214. Die Tatsache, dass die Lebenserwartung der Europäer aufgrund des technologischen und medizinischen Fortschritts und einer gesünderen Lebensweise steigt, ist an sich eine positive Errungenschaft. Aber sie hat Konsequenzen für die Renten- und Krankenversicherungssysteme, die angegangen werden müssen. Das Verhältnis zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den Personen im Ruhestand wird immer prekärer werden. Höhere Produktivität kann diese Entwicklung nur teilweise ausgleichen und daher muss die durchschnittliche Arbeitszeit innerhalb der Lebensdauer einer Person erhöht werden. Es wird immer notwendiger, eine gesündere Lebensweise und die Gesundheitsvorsorge zu fördern. Wenn Menschen länger gesund und aktiv bleiben, hat dies einen positiven Einfluss auf die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig muss Europa mehr in Bildung und Ausbildung investieren, unter anderem in

die Bereiche Sprache, Mobilität der Arbeitskräfte und Unternehmertum für junge Menschen.

### **Bildung und Jugend**

215. Bildung und Wissen sind von grundlegender Bedeutung für Europa, aber das ist noch nicht vollständig im öffentlichen Bewusstsein verankert. In den letzten Jahren steht Europa vor der Herausforderung, sich als wissensbasierte Wirtschaft und Gesellschaft aufzustellen. Die Ziele der Wettbewerbsfähigkeit und des wissenschaftlichen Potenzials stehen der Abwanderung von Arbeitskräften (Braindrain) sowie der Finanzkrise gegenüber. Zeitgleich ist die Bildung ein Grundstein dafür, aus dem Einzelnen einen erfolgreichen und sich weiterentwickelnden Berufstätigen zu machen.

216. Wir glauben, dass Bildung und Ausbildung zu einem Lebensstil und einer Ressource geworden sind, und dass wir in Europa nie in größerem Ausmaß auf sie angewiesen waren als jetzt. In einer Welt der schnellen Veränderungen, haben junge Menschen die besondere Verantwortung der Gestaltung der Zukunft Europas. Eine größere Herausforderung ist es, ihnen durch Bildung einen guten Start zu ermöglichen.

### **Immigration und Integration**

217. Mobilität innerhalb der EU und Einwanderung aus Ländern außerhalb Europas sind die Realität. Sie haben Europa seit Jahrhunderten bereichert. Die europäische Wirtschaft ist daran interessiert, hochqualifizierte Mitarbeiter aus der ganzen Welt anzulocken, doch sollte die Einwanderung nicht als alleinige Antwort auf die demografischen Herausforderungen gefördert werden. Ein "Braindrain" sollte vermieden werden. Die Zuständigkeit für Entscheidungen über den Zugang zum nationalen Arbeitsmarkt bleibt bei den Mitgliedstaaten. Außerdem wird es immer notwendig sein, Asyl für Menschen zu bieten, die verfolgt werden. Einwanderer und Flüchtlinge müssen auf der Grundlage der Achtung der Menschenrechte behandelt werden.

218. Wir glauben, es ist unerlässlich, auch die Probleme zu diskutieren, die als Folge einer mangelnden Integration und durch illegale Einwanderung entstanden sind, vor allem wegen der Entstehung von "Parallelgesellschaften" der Einwanderer, in denen die in unserer Verfassungen verankerten Grundwerte, wie die individuellen Freiheiten und die

Gleichheit von Männern und Frauen vor dem Gesetz, nicht beachtet werden. Menschenrechte, Freiheit und Toleranz müssen in jeder kulturellen oder religiösen Gemeinschaft in Europa respektiert werden. In der Union darf es keinen Raum für Sonderzonen mit religiös begründeten Rechtssystemen geben.

219. Einwanderer sollten die Sprachen der Aufnahmeländer beherrschen bzw. erlernen, sowie die Geschichte und die Besonderheiten ihrer neuen Umgebung kennen, sich an das Gesetz halten und das kulturelle Erbe und dessen zugrunde liegende Werte respektieren, und an den staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten der jeweiligen lokalen und nationalen Gemeinschaft teilhaben. Dies bedeutet vor allem, alle individuellen Einwanderer dazu zu berechtigen, ihre vollen Rechte zu genießen. Auf der anderen Seite wird die EVP gegen alle Arten von Diskriminierung von Einwanderern kämpfen. Die Menschen haben das Recht, ihre Religion und Kultur auszuüben, solange das Gesetz eingehalten wird. Die Entstehung von Ghettos ethnischer Gruppen sollte angesprochen werden. Die Möglichkeit, arbeiten zu können, ist ein wichtiger Aspekt des Integriertwerdens in einer Gesellschaft. Einrichtungen zur Zusammenarbeit und zur Begegnung zwischen Einwanderern und deren Familien und Mitbürgern aus den Gastländern sollte gefördert werden.

220. Eine gemeinsame Asylpolitik ist ein Ziel, dem sich alle EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet haben. Allerdings muss eine solche gemeinsame Politik auf bestehenden Vorschriften im Bereich der Asylpolitik der EU aufgebaut werden. Diese Politik sollte auch Solidarität mit Mitgliedstaaten zeigen, deren nationales Asylsystem einem besonderen und unverhältnismäßigen Druck unterliegt, vor allem aufgrund ihrer geografischen Lage oder ihrer demografischen Situation. In Fällen von Krieg oder von Menschen verursachten und natürlichen Katastrophen, sollten die EU und ihre Mitgliedsstaaten die Aufnahme von Menschen in Not, die des internationalen Schutzes durch die EU bedürfen, vereinfachen. Wir müssen ihre Rückkehr fördern, sobald die Bedingungen im Heimatland

### **Wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion**

221. Eines der bestimmenden Merkmale der Europäischen Union ist der Zusammenhalt, gleichwohl ob sozial, territorial oder wirtschaftlich. Es ist die Umsetzung des Grundsatzes der Solidarität und der Überzeugung, dass sozialer Frieden bei einer allzu großen Kluft



oder bei andauernden Kluften nicht nachhaltig sein kann, in die Praxis. Den Zusammenhalt fördern bedeutet, die Kluft zwischen den Ländern zu überbrücken, die grenzüberschreitende und die territoriale Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit zwischen den Regionen innerhalb der Länder zu verbessern, aber auch die Unterschiede innerhalb unserer Gesellschaften, ob im Zusammenhang mit Klasse, Ethnizität, Herkunft oder Alter, zu überwinden. Dies stellt heute durch steigende Ungleichheit und Armut, die oft mit zunehmender Arbeitslosigkeit, insbesondere unter jungen Menschen, einhergeht, eine ernste Herausforderung dar.

222. Die Herausforderungen liegen jetzt vor allem auf nationaler Ebene bei der Unterbindung der Entstehung einer neuen Unterschicht. Der soziale Zusammenhalt in unseren Gesellschaften ist am meisten gefährdet, wenn Arbeitslosigkeit, mangelnde Bildung und eingewanderte Bevölkerungsgruppen in einer Nachbarschaft konzentriert sind, was allzu oft zu Verarmung ihres Lebensumfelds, Radikalisierung, Drogenabhängigkeit, Gewalt und Kriminalität führt. Darüber hinaus erfordern Phänomene wie Armut sogar unter denen, die arbeiten, und unter den älteren Menschen die Aufmerksamkeit von Regierungen und Sozialpartnern. Während in erster Linie die nationalen Regierungen und lokalen Behörden zuständig sind, und von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Selbsthilfegruppen unterstützt werden, kann die EU bei der Bewältigung dieser Probleme helfen, indem Bedingungen für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum geschaffen werden, und indem ihre koordinierenden Kompetenzen im Bereich der Bekämpfung von Kriminalität und Drogen genutzt werden.

223. Die dritte Dimension des Zusammenhalts, neben wirtschaftlich und sozial, ist territorial. Territorialer Zusammenhalt untermauert die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Ländern und Regionen.

224. Die EVP will dem Schulabbrecherproblem und dem Mangel an Bildung in der jüngeren Generation mehr Aufmerksamkeit widmen. Hier hat die EU eine wichtige, aber untergeordnete Rolle in den betreffenden Mitgliedstaaten und sollte, zum Beispiel, Programme für Bildung, Mobilität und lebenslanges Lernen unterstützen.

225. Die EVP bekräftigt ihre Bemühungen, das Menschenrecht auf Bildung und die elterliche Freiheit der Schulwahl zu fördern.

## **Vertiefung der ethischen Debatte**

226. Technologie spielt vor allem am Anfang und am Ende des menschlichen Lebens eine zunehmend große Rolle. Moralische Konsequenzen fügen unseren politischen, gesellschaftlichen und individuellen Entscheidungen neue Dimensionen hinzu. Zur gleichen Zeit erfordern neue Möglichkeiten zur Messung der Auswirkungen unseres Verhaltens und unserer Entscheidungen auf die kommenden Generationen ein beispielloses Abwägen von aktuellen und zukünftigen Folgen.

227. Die EVP bestätigt den Standpunkt der menschlichen Person, des menschlichen Lebens und der Schöpfung wie in unserem Grundsatzprogramm von Athen aus dem Jahre 1992 und in unserer Berliner Erklärung "Eine Union gemeinsamer Werte" von 2001 beschrieben. Auf der anderen Seite sind nicht alle Bereiche der technologischen Entwicklung und der ethischen Herausforderungen in diesen Dokumenten erwähnt worden. Deshalb müssen neue Technologien weiterhin basierend auf den in diesen Dokumenten beschriebenen Prinzipien, beurteilt werden. Wir brauchen weiterhin eine systematische Untermauerung der ethischen Debatte, um technische Innovationen in diesen Bereichen zu begleiten. Die EU sollte für die Technologien, die eindeutig im Widerspruch zu den in den oben genannten Dokumenten beschriebenen Werten stehen, keine Mittel zur Verfügung stellen, und in anderen sensiblen Bereichen sollte die EU-Finanzierung einhergehen mit Forschung zu damit verbundenen ethischen Aspekten.

228. Menschliches Leben sollte von seinem Beginn an bis zu seinem natürlichen Ende geschützt werden. Genetische Eingriffe zu Beginn des menschlichen Lebens sollten auf Eingriffe beschränkt werden, um Krankheiten zu heilen. Künstliche Erschaffung und Selektion von menschlichen Embryonen aus Gründen der Forschung oder der Vermarktung sollten in der gesamten Union verboten werden. Werbung für Abtreibung oder Euthanasie sollte verboten werden.

## **Die Rolle der politischen Parteien**

229. Politische Parteien sind eine unverzichtbare Institution der repräsentativen Demokratie. Sie spielen eine entscheidende Rolle bei der Vertretung der allgemeinen, besonderen und weitschweifigen Interessen der Menschen, ziehen

Regierungsinstitutionen zur Rechenschaft, integrieren Menschen in den politischen Prozess und fördern die demokratischen Ideale. Daher sollten die politischen Parteien die Gleichstellung von Frauen und Männern, sowie Vielfalt auf allen ihren Wahllisten und in all ihren Organen fördern. Politische Parteien auf nationaler und europäischer Ebene müssen in Einklang mit den Regeln der Demokratie strukturiert werden und funktionieren. Darüber hinaus müssen sie wachsam bleiben gegenüber Ideologien und Gruppierungen, deren Ziel es ist, das Erbe der friedlichen politischen Zusammenarbeit und der Demokratie in Europa zu zerstören.

230. Politische Parteien spielen eine wichtige Rolle dabei, Bürger und Regierungen zusammenzubringen. Die repräsentative Demokratie ist die Brücke zwischen Bürgern und Regierungen. Auch auf europäischer Ebene sind sie unerlässlich, um die Union und ihre Bürger einander näherzubringen und um den europäischen Prozess der Entscheidungsfindung an die Beteiligung der Bürger zu binden. Auf der Grundlage einer Mischung aus freiwilligen Beiträgen und der Finanzierung durch die Union sollten diese europäischen Parteien die Mittel bekommen, ihre eigene Forschung in eigenständigen Think Tanks durchzuführen, den europäischen Wahlkampf durchzuführen und Zugang zu den Medien zu bekommen.

231. Mit der wachsenden Bedeutung der Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene sollten Integrität, Transparenz und Unabhängigkeit der europäischen Entscheidungsträger und der Parlamentarier kontrolliert und verbessert werden. Finanzielle Beiträge sollten in allen Fällen transparent sein.

232. Die EVP selbst wird sich in einem permanenten Prozess der Stärkung und des Gewinnens von Vertrauen der Bürger durch Dialog, Präsenz, Transparenz und Verantwortung engagieren. Die EVP strebt mit ihren Mitgliedsparteien eine tiefere Integration auf der Grundlage der Subsidiarität an, mit dem Ziel, das volle Potenzial der institutionellen Entscheidungsfindung der Union zu verwirklichen. Gleichzeitig sollte die EVP, unter Nutzung der Vorteile der Veränderungen in der europäischen Nachbarschaft, weiterhin jene politischen Kräfte in ihrer Nachbarschaft stärken, die ihre Grundwerte teilen.

233. Die EVP fördert und unterstützt die Aktion ihrer Fraktionen in jeder europäischen Organisation, in der Europäischen Union, im Europarat, der OSZE und der NATO.

## **Schutz nationaler Minderheiten**

234. Autochthone, nationale und traditionellen Minderheiten sind in diesem Sinne Gruppen, die seit Generationen in den gleichen Regionen leben, während sich die nationalen Grenzen verschoben haben. Ihre Rechte und Bemühungen, unterschiedliche kulturelle Traditionen zu bewahren und ihre eigenen Sprachen zu sprechen, müssen berücksichtigt und von den Nationalstaaten gefördert werden, insoweit diese Minderheiten die verfassungsmäßige Ordnung in ihren Ländern respektieren. Die Europäische Union sollte mit klaren Verpflichtungen zu einer kooperativen Problemlösung sowohl Minderheiten als auch nationalen Regierungen helfen, diese komplexe Frage, die oft die Ursachen von Konflikten in der europäischen Geschichte war, zu beantworten.

235. Wir glauben, dass die Europäische Union nach und nach eine Reihe von rechtlich verbindlichen Standards und Normen für den Schutz von Personen und Gemeinschaften, die Minderheiten angehören, entwickeln kann, und positive Maßnahmen und politische Instrumente fördern kann, um den Personen und Gruppen, die Minderheiten angehören, zu schützen. Dabei kann das Prinzip des Austauschs von bewährten Praktiken einer konkreten und effizienten EU-Strategie für autochthone, nationale und traditionelle Minderheiten zugrunde gelegt werden.

## **Die Bedeutung der Regionen**

236. Die EVP unterstützt den Beitrag des Ausschusses der Regionen als politische Versammlung und als Organ der Europäischen Union, das die Interessen der Regionen und Städte verteidigt. Der Vertrag von Lissabon hat die Rolle der Regionen und der lokalen Behörden in der Europäischen Union gestärkt und die institutionelle Rolle des Ausschusses der Regionen im gesamten Gesetzgebungsprozess verstärkt. Die EVP befürwortet und fördert eine starke Position der Regionen als wichtigen Bestandteil der Europäischen Union. Sie ist eine Antwort auf die dringende Notwendigkeit zur Verringerung des demokratischen Defizits der EU. Die Regionen spielen eine wichtige wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rolle, manchmal sogar über die Grenzen der jeweiligen Mitgliedsstaaten hinweg. Wir verstehen die Förderung der Regionen und der lokalen Behörden und ihre Zusammenarbeit in vielen Aspekten als Mehrwert im Prozess der europäischen Integration.

## **Freiheit in der Ära des Internet**

237. Die jüngsten Fortschritte in den Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere im Bereich der sozialen Medien im Internet, hat begonnen, unser Leben und unsere Gesellschaft auf beispiellose Art und Weise zu verändern. Dies hat zur Entstehung einer globalen Zivilgesellschaft beigetragen und unsere Kapazitäten für wirtschaftliches Wachstum durch Innovation und die Entwicklung eines digitalen Binnenmarkts, für Freiheit der Meinungsäußerung und für ungehinderten Zugang zu Informationen erhöht. Gleichzeitig traten neue Bedrohungen für geistiges Eigentum, Privatsphäre und persönliche Integrität auf. Die EVP steht für eine vernünftige Balance zwischen individueller Freiheit und maximaler Kreativität und Regulierung zur Bekämpfung der Internetkriminalität und jeglichen Missbrauchs der digitalen Technologien, einschließlich Verstößen gegen Rechte des geistigen Eigentums, und fördert gleichzeitig die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle im digitalen Umfeld. Auch die Menschenrechte müssen im Internet beachtet werden. Dazu gehört das individuelle Recht auf Datensicherheit. Der Schutz von personenbezogenen Daten im Internet kann nur in Fällen krimineller Aktivitäten verletzt werden.

238. Technologische Entwicklungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf den politischen Prozess. Kombiniert mit gesellschaftlichen Entwicklungen, hat dies zu einer beispiellosen Beschleunigung der politischen Entwicklungen, zu sinkender langfristiger Parteibindungen der Wähler und damit zu einer höheren Volatilität und Unberechenbarkeit sowie zu einer Schwächung der großen Volksparteien beigetragen. Die EVP und ihre Mitgliedsparteien müssen dies berücksichtigen und ständig ihre Fähigkeiten verbessern, um die Technologie zu nutzen und gleichzeitig die persönliche Kommunikation mit Wählern aufrecht zu erhalten und die Politik näher zu den Bürgern zu bringen. Kommunikation sollte keine Einbahnstraße sein, und vor allem die Möglichkeit der Kommunikation von der Ebene der Bürger bis an die Spitze der Partei-Hierarchie sollte verbessert werden. Zur gleichen Zeit, ist die Mehrparteien-Wahldemokratie auf Grundlage der Rechtsstaatlichkeit durch nichts zu ersetzen. Die EVP wird ihre Mitglieder ermutigen, die Möglichkeiten des Internets als Instrument zur Erschließung des politischen Prozesses und zum Erreichen bisher unbeteiligter Bürger zu nutzen. Soziale Medien müssen dabei auch eine Rolle spielen.

## **Teil III: Die Europäische Union**

### **Die EU - Eine Union der Werte**

301. Über viele Jahrhunderte hinweg haben sich die Völker Europas in unterschiedliche und selbstbewusste Nationen entwickelt. Trotz ihrer nationalen Unterschiede haben sie ihr gemeinsames kulturelles Erbe bewahrt, das in der hebräischen Prophezeiung, der griechischen Philosophie und im römischen Recht verwurzelt ist, als sie von der christlichen Botschaft und den jüdisch-christlichen Werten vereint und bereichert wurden. Das Konzept des Nationalstaates blieb in den verschiedenen Phasen der kulturellen Entwicklung intakt: Renaissance, Aufklärung und Moderne. Der Nationalstaat als eine Form der politischen Organisation und eine Lebensweise hat sich zu einem Modell für die ganze Welt entwickelt.

302. Wir stehen derzeit vor großen Herausforderungen, die Lösungen auf europäischer Ebene erfordern. Das europäische Projekt einer immer engeren Union vereinigter Nationalstaaten, bedeutet nicht die Zerstörung der Nationalstaaten Europas, sondern ist eine Voraussetzung zur Vermeidung von Nationalismus, der so viel Schaden für unsere Bürger angerichtet hat, und die Wiederherstellung ihrer Fähigkeit, ihre wichtigsten Aufgaben zu erfüllen. Die europäische Einigung ist eine Voraussetzung für die Lösung der grundlegenden Probleme, die sich unseren Nationen stellen und als solche der entscheidende Durchbruch in der Geschichte unseres Kontinents. Erbaut auf den Ruinen des Zweiten Weltkriegs und aus dem Totalitarismus heraus, hat die europäische Integration den Bürgern dauerhaften Frieden, Freiheit, Stabilität und Wohlstand gebracht. Wir, die Europäer, können stolz darauf sein, diesen gemeinsamen Ansatz in unserer jüngeren Geschichte erreicht zu haben.

303. Darüber hinaus hat sich der europäische Weg der friedlichen Zusammenarbeit und Integration in ein Modell für andere Regionen in der Welt entwickelt. Dies bildet die Grundlage für uns, die altbewährten Werte zu fördern, welche die europäischen Gesellschaften charakterisieren: Frieden, Freiheit, Demokratie, Gleichheit zwischen Frauen und Männern, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Privateigentum basierend auf der sozialen Marktwirtschaft. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen gemeinsam mit unseren

transatlantischen Partnern und anderen internationalen Akteuren, mit denen wir gemeinsame Werte teilen, weiterhin auf der ganzen Welt für jene Werte, die die Grundlage unserer Gesellschaft bilden und die zu Demokratie und Menschenrechten beigetragen haben, als auch für die Rechtsstaatlichkeit kämpfen. Wir sollten unsere Bemühungen verstärken, auf der ganzen Welt Demokraten in Not zu helfen und autoritären und fundamentalistischen Ideologien entgegenzutreten.

304. In der Zukunft wird die Europäische Union auch weiterhin erfolgreich sein, wenn alle EU-Mitgliedstaaten und die Institutionen der Union eine klare und kohärente Vision der Zukunft teilen. Für die EVP wird die Förderung des europäischen Modells entscheidend sein, wenn wir wollen, dass die europäischen Werte in einer sich rasch verändernden Welt Einfluss haben. Die EVP verpflichtet sich weiterhin der Vision der politischen Integration der Europäischen Union. Diese Vision ist das Ergebnis der Geschichte. Sie ist heute noch immer die beste Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft, wie Globalisierung, Migration, neue Sicherheitsbedrohungen, Klimawandel und Energiesicherheit. Es ist nun unsere Aufgabe, die Europäische Union an die Realitäten und Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts anzupassen, indem die richtigen Prioritäten gesetzt und die Europäische Union den Bürgern näher gebracht wird.

### **Europa in einer globalisierten Welt**

305. Es ergibt sich aus der zunehmenden Vernetzung unserer Gesellschaften und Volkswirtschaften, dass europäisches Handeln nicht nur dazu erforderlich ist, einen Binnenmarkt und eine Rechtsgemeinschaft zu schaffen, sondern auch um Freiheit, Chancengleichheit, Solidarität und Nachhaltigkeit zu stärken, wo der Nationalstaat allein nicht mehr in der Lage ist, dies vollständig zu sichern. Aber die Europäische Union muss sich, nach dem Prinzip der Subsidiarität, selbst auf jene Aufgaben beschränken, die nur unzureichend auf den unteren Ebenen und gleichzeitig besser auf europäischer Ebene behandelt werden können. Eine schlanke Europäische Union beruht auf einer Selbstverwaltung durch lokale und regionale Behörden sowie der Identität und der Rolle der Nationalstaaten. Die Europäische Union ist kein Staat, sondern arbeitet mit Instrumenten einer föderalen Union in jenen Politikbereichen, in denen sie die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten erhalten hat.

306. Im Einklang mit dem Bekenntnis zu Europa, das die Christdemokraten von Anfang an gezeigt haben, fordert die EVP schrittweise - aber resolute - Fortschritte in Richtung einer echten politischen Union nach den grundlegenden Linien des Grundsatzprogramms von Athen aus dem Jahre 1992 und den nachfolgenden Kongressen. Wir wollen eine Politische Europäische Union. Die EU wird in den nächsten Jahren grundlegend reformiert werden müssen. Die Union und die Mitgliedsstaaten werden mehr Befugnisse gemeinsam ausüben.

307. Der institutionelle Aufbau der Europäischen Union muss um ihre grundlegenden Prinzipien herum weiter entwickelt werden. Dies erfordert, dass die EU-Institutionen allen Bürgern und Mitgliedsstaaten die gleiche Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen. Demokratisch repräsentative Institutionen, einschließlich einer effizienteren Europäischen Kommission und einem Mechanismus zur Gewährleistung einer besseren ökonomischen Governance im Herzen der Europäischen Union sind notwendig. Das Mitentscheidungsverfahren zwischen dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament muss transparenter werden. Der Ministerrat, als zweite Kammer, sollte daher öffentlich über die Gesetzgebung entscheiden. Eine partizipativere Demokratie sollte verfolgt werden, die neue Formen der direkten Interaktion zwischen den Bürgern und den europäischen Institutionen, wie z.B. in Form von Bürgerinitiativen, vorsieht. Die direkte Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission ist eines unserer Ziele. Dies würde das gefühlte Demokratiedefizit der Union reduzieren und eine stärkere gemeinsame Identität der EU-Bürger fördern.

308. Nachdem die EU seit mehr als einem halben Jahrhundert als weltweites Modell der Aussöhnung und des Wohlstand für den gesamten europäischen Kontinent gedient hat, muss sie natürlich bei der Gestaltung der Regeln und Normen des neuen internationalen Systems einbezogen werden. Sowohl unsere Bürger als auch unsere globalen Partner erwarten, dass Europa die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts annehmen, eine wichtige und aktive Rolle in den internationalen Verhandlungen spielen, tragfähige, innovative Vorschläge erbringen, Verantwortung übernehmen, und europäischen Werte weltweit fördern wird. Um aber effektiv und rechtzeitig auf die neue Berufung und die sich dadurch ergebenden globalen Herausforderungen zu reagieren, muss Europa in der Lage sein, mit einer Stimme und als eine Einheit zu sprechen.



309. Eine globalisierte Welt erfordert globales Handeln. Deshalb ist es unerlässlich, internationale Organisationen zu stärken und sie stärker reaktionsfähig in Bezug auf die weltweiten Machtverschiebungen zu machen, insbesondere im Hinblick auf die UN, da sie die stärkste Legitimität beim Angehen und Lösen globaler Probleme hat. Der Internationale Währungsfonds (IWF) sollte auch verstärkt werden, da er zu mehr Stabilität und Sicherheit in internationalen Finanzmärkten beiträgt. Die Welthandelsorganisation (WTO) zu stärken ist von grundlegender Bedeutung für den globalen Wohlstand und hilft, Konflikte zu entschärfen, die auf verschiedenen nationalen wirtschaftlichen Interessen beruhen. Die Beseitigung von Hindernissen und ein verbesserter Marktzugang weltweit sollten einhergehen mit entscheidenden Bemühungen für eine wirksamere internationale ordnungspolitische Zusammenarbeit.

310. Neue globale Realitäten erfordern auch die Reform der bestehenden und/oder die Schaffung neuer Institutionen. Flexible Institutionen, wie die G20, werden an Bedeutung gewinnen und das gestiegene Gewicht der Schwellenländer in Asien, Lateinamerika und Afrika betonen.

311. Um unsere Volkswirtschaften zu verbessern und als Ergebnis davon unsere internationale Attraktivität aufzubauen und Europa als starken globalen Akteur zu etablieren, sind bessere Koordination und Integration der nationalen Wirtschafts- und Haushaltspolitik erforderlich. Dies wird zu einer Wiederbelebung der europäischen Wirtschaftstätigkeit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen. Eine Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten kann nicht ohne mehr europäische Integration überwunden werden. Dies ist wichtig, um Wachstum, aber auch die Stabilität des Euro zu sichern. Der Gemeinsame Markt und die gemeinsame Währung können am besten durch eine gemeinsame politische Entscheidung unterstützt werden.

312. Wir betrachten die wirtschaftliche Dynamik in Europa nicht nur als vereinbar mit der sozialen Verantwortung, sondern in der Tat als Voraussetzung dafür. Es wird keinen sozialen Zusammenhalt und keine politische Stabilität ohne eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und eine robuste Reaktion auf Betrug, Steuerhinterziehung und Geldwäsche geben. Das Erreichen der Ziele des wirtschaftlichen und politischen Aufbauwerks Europas kommt allen europäischen Bürgern zu Gute. Dies sollte im Rahmen der bestehenden europäischen Verträge unter Einhaltung der EU-Vorschriften, des

Gleichheitsgrundsatzes, des gemeinschaftlichen Ansatzes und der aktiven Unterstützung der Bürger durchgeführt werden.

313. Eine stärkere Beteiligung der EU in der internationalen Krisenprävention, die Unterstützung der demokratischen Entwicklung, die Unterdrückung des fundamentalistischen Terrorismus und die Lösung von Konflikten sind von größter Bedeutung. Europa muss in der Lage sein, ausgewogene und tragfähige diplomatische Lösungen beizutragen.

314. Die EU bedarf einer verbesserten Fähigkeit, politische Prioritäten zu setzen und zu verfolgen und sie sollte sich weiterhin weltweit in Situationen einsetzen, in denen sie eine nützliche Rolle spielen kann. Wir glauben auch, dass die EU die Möglichkeiten voll ausnutzen muss, die der Vertrag von Lissabon bietet, um die Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken. Die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, komplementär zu der transatlantischen Allianz, und aber auch die aktive und konzertierte Verteidigung der Menschenrechte und die Bekämpfung der Armut auf globaler Ebene in den internationalen Beziehungen, werden von entscheidender Bedeutung sein für die weitere Entwicklung der Europäischen Union. Die Europäische Union sollte auch über bessere operative Fähigkeiten im Bereich der Verteidigungspolitik verfügen. Es ist ein wichtiges Ziel, eine besonders enge Form der Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO zu schmieden. Dies sollte den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten nicht benachteiligen.

315. Obwohl die Bedrohung eines konventionellen Angriffs gegen europäisches Territorium gering ist, muss die EU wachsam bleiben und ihre Bemühungen in den Bereichen Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus und organisierte Kriminalität sowie regionale Konflikte verstärken. Daher muss die EU mit Partnern zusammenarbeiten und Abkommen fördern, die regionalen Gleichgewichte sichern. Gleichzeitig muss die EU ihre Bemühungen erhöhen, um die Risiken der Energieabhängigkeit, des Klimawandels, der Piraterie und des unkontrollierten Handels mit konventionellen Waffen zu reduzieren.

316. Zur Verbesserung der Diplomatie der EU und ihrer Entschlossenheit, den Frieden auf dem Kontinent zu bewahren und Stabilität und Demokratie in der Welt sicherzustellen, sind der EU und ihren Mitgliedsstaaten zur Verfügung stehende wirksame militärische Kapazitäten erforderlich. Die EU muss auch ihre Bemühungen zur gemeinsamen Beschaffung, Spezialisierung, Forschung und Entwicklung und Ausbildung erhöhen, um die Effizienz ihrer militärischen Kapazitäten zu verbessern. Die Finanz- und Wirtschaftskrise zwingt uns zu einer radikalen Verbesserung der Haushaltseffizienz und zur Realisierung positiver Auswirkungen der zivilen und militärischen Synergien, sowie der Bündelung und gemeinsamen Nutzung von militärischen und zivilen Ressourcen. Dies ist auch wichtig im Hinblick auf die neuen Verantwortlichkeiten in den Bereichen Friedenserhaltung, Krisenbewältigung und Terrorismusbekämpfung, sowie Bedrohungen für unsere konventionellen Transport- und Kommunikationsmittel. Die Stärkung unserer Verteidigung gegen Cyber-Gefahren durch verstärkte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ist von besonderer Bedeutung, und ergänzt bereits bestehende NATO-Kapazitäten in diesem Bereich.

317. Die EU hat auch ein starkes Interesse an und Verantwortung für ihre nächsten geographischen Nachbarn. Die Europäische Nachbarschaftspolitik umfasst Länder aus dem Mittelmeerraum bis zur Schwarzmeer-Region und im Kaukasus, aber respektiert die Einzigartigkeit des jeweiligen Landes. Der Prozess der Stabilisierung und Demokratisierung in den Nachbarländern hat eine hohe Priorität und trägt zur Stärkung ihrer Stabilität, ihrer Sicherheit und ihres Wohlstands aber auch der Stabilität, der Sicherheit und des Wohlstands der EU bei. Angesichts der Aufstände gegen autoritäre Herrschaft und prekäre wirtschaftliche Bedingungen in Nordafrika und dem Nahen Osten, muss die EU ihre Instrumente stärken, um den Übergang zu Demokratie und sozialer Marktwirtschaft zu unterstützen, um die Zone der Stabilität und Sicherheit zu erweitern, während sie auch Aufmerksamkeit auf den Zustand der Demokratie und Wirtschaft in den östlichen Nachbarländern richtet. Dazu gehören politischer Dialog, Handel, Entwicklungshilfe und Unterstützung für die Zivilgesellschaft. Besonderes Augenmerk in dieser Hinsicht sollte durch die EU-Austauschprogramme und Bildungseinrichtungen auf der Jugend dieser Region liegen. Unsere Unterstützung für die Freiheitsbewegungen im Nahen Osten und in Nordafrika geht Hand in Hand mit einem festen Engagement für eine besondere Partnerschaft zwischen der EU und Israel. Die Europäische Union muss die Stabilisierung des Friedens im Mittelmeerraum verfolgen. Wir müssen eine Politik des

Dialogs im Hinblick auf die Verbesserung der Achtung der grundlegenden Menschenrechte verfolgen, und die Europa-Mittelmeer-Gemeinschaft stärken.

318. Daher ist die EU-Nachbarschaftspolitik, im Interesse der EU und unserer Nachbarländer, mit maßgeschneiderten Ansätzen für die spezifische Situation jedes Partnerlandes gestärkt worden. Wir sind davon überzeugt, dass eine effektivere Zusammenarbeit der EU mit diesen Ländern, bei der der Schwerpunkt deutlicher als bisher auf den Menschenrechten, religiösen und anderen Grundfreiheiten, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit sowie auf guten nachbarschaftlichen Beziehungen auf Grundlage von klaren Bedingungen liegt, auch den Bereich der Stabilität und die Sicherheit um diesen Bereich herum stärken wird. Die EVP erkennt den Beitrag an, den die EU-Nachbarschaftspolitik auf die Länder haben kann, die einen Zustrom von Einwanderern aus Krisengebieten in der Nachbarschaft der EU erleben.

319. Die Östliche Partnerschaft der Europäischen Union verdient besondere Aufmerksamkeit. Wir sollten unsere Instrumente zur Förderung der Demokratie und der Menschenrechte verfeinern, indem mehr Gewicht auf "Good Governance" (verantwortungsbewusste Regierungsführung), Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaatlichkeit gelegt wird. Historisch gesehen hatten die Länder der Östlichen Partnerschaft immer sehr starke Bindungen an das übrige Europa, und teilen unsere demokratischen Werte und das kulturelle Erbe. Die schwierige Geschichte dieser Region, in der zu oft für die Unabhängigkeit gekämpft werden musste, erfordert ein besonderes Engagement von uns, um diesen Ländern in einer präzisen und praktischen Art und Weise zu helfen. Diese Hilfe sollte nicht nur zur Verstärkung der europäischen Werte beitragen, sondern auch zum Aufbau funktionierender demokratischer Strukturen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft, und ihre Volkswirtschaften auf ein höheres Niveau bringen. Unter strategischen Gesichtspunkten wird sie ihnen auch helfen, ihre Souveränität und ihre territoriale Integrität zu bekräftigen und ihre Unabhängigkeit von ihren stärkeren Nachbarn, sei es politischer oder wirtschaftlicher Natur, wieder geltend zu machen. Darüber hinaus werden ihre Beziehungen mit der EU auf längere Sicht vorteilhaft für die EU-Länder werden. Wir werden weiterhin das Prinzip des "mehr für mehr" in der Bereitstellung finanzieller Unterstützung verfolgen und Fortschritt belohnen. Die EU muss die Demokratie in den Südlichen Nachbarstaaten fördern, ohne dabei die Östlichen Nachbarstaaten zu vernachlässigen. In Ländern der Östlichen Partnerschaft, wo die Demokratie auf dem

Rückzug ist, ist es dringend notwendig, dass die EU entscheidende Schritte und Maßnahmen ergreift. In diesem Bemühen werden die geografische Nähe, die historischen Bindungen und die jüngsten Erfahrungen einer erfolgreichen Transformation hin zur Demokratie und die Marktwirtschaft der mitteleuropäischen EU-Staaten von besonderer Bedeutung sein.

320. Die Arktis wird wirtschaftlich, aber auch im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit bei der Nutzung neu eröffneter Seewege, beim Schutz der Umwelt und in viele anderen wichtigen Fragen immer bedeutender. Daher muss die EU eine kohärente Politik für die Arktis ausarbeiten.

321. Wenn auch neue Machtzentren in Asien und Lateinamerika immer größere Herausforderungen darstellen, werden die transatlantischen Beziehungen nach den meisten Kriterien eine der mächtigsten Säulen eines multilateralen Systems bleiben. Der Rahmen der EU-US-Beziehungen wird der Eckpfeiler unserer Außenpolitik bleiben. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um sie zu stärken und Wege zu finden, wie die transatlantische Partnerschaft die neuen globalen Herausforderungen auf der Grundlage der gemeinsamen Werte und Überzeugungen bewältigen kann. Die Schaffung eines barrierefreien transatlantischen Marktes würde eine solche Grundlage für eine verstärkte transatlantische Partnerschaft liefern und Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze schaffen.

322. Es ist wichtig, mit Russland, dem größten EU-Nachbarland im Osten, eine enge und weitreichende Beziehung zu entwickeln, um bei Themen von gemeinsamem Interesse, wie Stabilität jenseits der Ostgrenze der EU, Energiesicherheit und internationale Angelegenheiten, zusammenzuarbeiten. Daher sollte ein offener und realistischer Dialog mit Russland über vorrangige Themen geführt werden. Die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sollte weiterhin an prominenter Stelle auf der Tagesordnung stehen. Deshalb sollte die EU bei der Gestaltung ihrer Politik in Bezug auf Russland die Situation der Länder in unserer gemeinsamen Nachbarschaft berücksichtigen. Die EU sollte allen Versuchen widerstehen, Europa in Einflussbereiche oder Zonen ungleicher Souveränität und Sicherheit einzuteilen, während sie weiterhin an einer breiten Agenda arbeitet, um Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu fördern, was auch die wirtschaftliche Attraktivität und ausländische Investitionen verbessern wird.

323. Europa ist ein globaler Akteur und sollte in einer offenen und konstruktiven Weise mit den aufstrebenden Wirtschaftsmächten ins Gespräch kommen, aber gleichzeitig muss es deren Handlungen auf der internationalen Bühne hinterfragen. Europa muss weiterhin privilegierte Beziehungen mit diesen Ländern in Asien, Lateinamerika und Afrika fördern, die unsere Werte teilen. Darüber hinaus muss die EU strategische Partnerschaften mit aufstrebenden Mächten entwickeln, die ihre wachsende globale Verantwortung übernehmen müssen.

324. Es ist wichtig, dass Europa seine Sicherheitsstrategie rekonstruiert, um die Energiepolitik in seine Außenpolitik gegenüber Drittstaaten zu integrieren, mit dem Ziel des Aufbaus einer strategischen Außenpolitik mit den wichtigsten Partnerländern. Es muss seine Strategie zur Klima- und Energiepolitik verbessern und entwickeln, die die EU-Energiesicherheit erhöht und den Zugang zu natürlichen Ressourcen und Rohstoffen bei gleichzeitiger Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und des Binnenmarkts für Energie umfasst. Die Fertigstellung des Transeuropäischen Energienetzwerkes und die Entwicklung neuer Quellen und Wege sollte eine Priorität für die EU-Energiesicherheit sein. Wir sind bestrebt, unsere natürlichen Ressourcen effizient zu verwalten und Europa in eine hochgradig energieeffiziente und kohlenstoffarme Wirtschaft zu verwandeln. Darüber hinaus besitzt die EU viel Erfahrung in Verhandlungen, Macht, wenn sie mit einer Stimme spricht, und technologisches Know-how, und sie sollte ihre führende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel und die globale Erwärmung fortsetzen, aber dabei auch deren Auswirkungen bewältigen. Wir sollten unsere Muster von Produktion und Konsum ständig anpassen und unsere internationale und diplomatische Agenda entsprechend aufstellen.

325. Ansteigende irreguläre Migration, illegaler Waffenhandel, Drogenhandel und Menschenhandel sowie der internationale Terrorismus sind Herausforderungen der globalisierten Welt. Europa muss seine Grenzen schützen und eine Balance finden zwischen der Minimierung der Bedrohung durch Verbrechen und der Maximierung der Einfachheit und des Komforts für Reisende. Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Sicherheit. Dies erfordert klare Strukturen zur Unterstützung der Opfer von Straftaten und deren Rechte. Da sich Kriminalität nun frei über die Binnengrenzen bewegen kann, ist es wichtig, dass die EU eine aktive Rolle bei der Koordinierung der Aufgaben unter den Mitgliedstaaten übernimmt, um die Rechte der

Opfer in Anspruch zu nehmen. Stärkung der Sicherheit an den Außengrenzen durch die Verstärkung von Frontex und die Intensivierung gemeinsamer Operationen zwischen den Mitgliedstaaten sind, zusammen mit der Schaffung einer europäischen Küstenwache, dringend notwendig. Die EU muss auch effektiv mit den Grenzsicherungsbehörden von Drittstaaten, insbesondere der Länder, die als Quelle oder Transitroute der irregulären Migration identifiziert wurden, kooperieren. Um die Zahl der Flüchtlinge in den EU-Mitgliedstaaten nicht unnötig zu erhöhen, muss die EU die humanitäre Hilfe für die Gemeinschaften in Drittländern vor Ort erhöhen, die Flüchtlinge aufnehmen, und Armut und Instabilität an ihren Wurzeln bekämpfen.

326. Es ist inakzeptabel, dass in unserer Zeit eineinhalb Milliarden Menschen auf der Welt hungern und unterhalb der Armutsgrenze leben. Europa muss weiterhin eine führende Rolle bei der Intensivierung der globalen Entwicklungszusammenarbeit spielen und die Armut bekämpfen und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Afrika, als auch in den weniger entwickelten Ländern, unterstützen. Der Mangel an Demokratie und Menschenrechten ist ein großes Hindernis für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in mehreren Regionen. Die EU muss auch weiterhin Dialog und Unterstützung für Demokratie unter die Top-Prioritäten in den Beziehungen mit Drittländern setzen. Die Förderung der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion sollte eine Priorität in unseren gemeinsamen Aktionen sein. Umwelt- und Gesundheitspolitik sowie Strategien für eine bessere Bildung und die Entwicklung einer physikalischen Infrastruktur, sind allesamt Bereiche, in denen die EU einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele und damit zu einer besseren Welt leisten könnte. Die EU-Partnerschaft mit unserem Nachbarkontinent Afrika sollte gestärkt und effektiver werden. Im Falle einer Beendigung der bestehenden Abkommen zwischen AKP und der EU sollten wir darauf achten, dass ihre zentralen Elemente in neuen separaten Mechanismen für die Zusammenarbeit mit Afrika, den pazifischen und karibischen Ländern enthalten sind. Die EVP ist überzeugt, dass die Anwendung der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft der Entwicklung der ärmeren Länder und der Schwellenländer am meisten dienen wird. Eine Unterstützung dieser Entwicklungen sollte reichlich Platz für Unternehmertum und Investitionen, Genossenschaften und Nichtregierungsorganisationen bieten und die Kombination von Eigenverantwortung und Solidarität sollte belohnt werden.

327. Die EU sollte ihre Beziehungen mit den Ländern Lateinamerikas und deren Menschen weiter entwickeln, um über die frühere Spender-Empfänger-Abhängigkeit hinauszukommen. Nun, da viele von ihnen immer unabhängiger und sogar wohlhabend werden, sollten wir auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte und der gegenseitigen Verpflichtungen in Bereichen von gemeinsamem strategischem Interesse zusammenzuarbeiten. Die Europäische Union und beide Amerikas sollten eine strategische Partnerschaft in der neuen Weltordnung anstreben. Wir sind für einen humanen Globalisierungsprozess.

328. Wir sind von einem starken Bedarf einer weitreichenden Reform der Bemühungen zur Bekämpfung der weltweiten Armut überzeugt. Deren Wirksamkeit wird nicht nur anhand der Menge unserer Beiträge, einschließlich des Ehrgeizes, 0,7% des BIP dafür auszugeben, der Kohärenz unserer gesamten Entwicklungspolitiken und durch Koordination und Spezialisierung der einzelnen Mitgliedstaaten und der Kommission gemessen werden. In allen EU-Abkommen mit Drittländern muss die EU dafür sorgen, dass eine maßgebliche Klausel über "demokratische Rechte und Menschenrechte", einschließlich einer Klausel zur "Religionsfreiheit", eingeführt und wirksam umgesetzt wird. Globale Achtung der Religionsfreiheit muss vollständig in allen Teilen der Welt umgesetzt werden und Konditionalität muss eine wichtige Rolle in den auswärtigen Beziehungen spielen.

### **Was kann Europa besser machen? Subsidiarität und Handlungsfähigkeit**

329. Die europäische Einigung ist ein großer Erfolg. Wir haben uns der Lösung der Probleme der EU verpflichtet, vor allem in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise, in denen die Grundlagen der Europäischen Union stark herausgefordert wurden. Bisher haben sich diese Grundlagen als solide und widerstandsfähig erwiesen, aber als politische Kraft müssen wir sicherstellen, dass dies auch so bleibt.

330. Für all diese Herausforderungen, die uns noch bevorstehen, ist es entscheidend, dass wir auf die Anliegen unserer Bürger eingehen und dass wir es schaffen, sie voll in den Prozess einzubeziehen. Solidarität und sozialer, wirtschaftlicher und territorialer Zusammenhalt sind wichtige Ziele der europäischen Integration. Der Erfolg des gesamten Projekts hängt von der Unterstützung aller EU-Bürger ab.



331. Die EVP ist überzeugt, dass eine klare Mehrheit der Menschen in ganz Europa auch eine starke Europäische Union will, die Probleme effektiv auf europäischer Ebene angeht: die Probleme, und nur diejenigen, die von den Mitgliedstaaten nur unzureichend allein gelöst werden können.

332. Unsere politischen Methoden, die auf Subsidiarität und Solidarität beruhen, sollten die Leitprinzipien unserer Gesellschaften sein. Eine klarere Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den europäischen, nationalen und subnationalen Ebenen, Solidarität und Personalismus, sowie die Stärkung der europäischen Einheit und mit einer Stimme zu sprechen, wird von entscheidender Bedeutung sein. Nur dann werden wir in der Lage sein, die besten Antworten auf globale, europäische, nationale, regionale und lokale Herausforderungen geben zu können.

333. Viele dieser Herausforderungen sind drängende Probleme in allen unseren Gesellschaften, wie Bedrohung durch Terrorismus, grenzüberschreitende kriminelle Netzwerke, irreguläre Migration, Menschenhandel, organisierte Kriminalität und große politische Korruption. Einige sind eindeutig gemeinsame Herausforderungen, wie zum Beispiel wirtschaftliche Wiederbelebung, die Unterstützung der Forschung und Ausbildung, Energiepolitik oder gemeinsame Infrastrukturprojekte, und können daher nur mit Effizienz behandelt werden, wenn wir es schaffen, gemeinsam zu handeln.

### **Wirtschaft, Arbeitsmärkte, Innovation**

334. Die Wirtschaft sollte den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Europa braucht eine stabile, kohärente, ehrgeizige, wachstumsorientierte und langfristige wirtschaftliche und finanzielle Perspektive in Zeiten der Krise und darüber hinaus, statt einer Ansammlung von individuellen und Ad-hoc-Lösungen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Aufrechterhaltung hoher Beschäftigungszahlen muss ein Schwerpunkt dieser langfristigen wirtschaftlichen Perspektive bleiben.

335. Wir legen großen Wert auf die Schaffung und Erhalt von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen, basierend auf höherer Qualifikation unserer Bevölkerung. In dieser Hinsicht werden wir kontinuierlich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Unternehmertum als Quelle für Wachstum und Beschäftigung fördern. Es ist wichtig, auf

Schlüsselindustrien mit zunehmendem Potential zur Schaffung von Arbeitsplätzen abzielen (wie grüne Wirtschaft, Gesundheits- und Sozialwesen, digitale Wirtschaft). Der Wettbewerb sollte sozial nachhaltig bleiben, und schädlichen Wettbewerb zwischen den europäischen Arbeitern ausschließen. Der soziale Dialog sollte ein wichtiger Mechanismus sein, um den Zusammenhalt in Zeiten der Strukturreform zu stärken. Wir müssen unsere Bemühungen verstärken, um die Relevanz unserer Bildungs- und Ausbildungssysteme gemäß dem künftigen Bedarf des Arbeitsmarktes zu verbessern. Die Rolle von praktischen Fertigkeiten sollte in der Sekundar- und Hochschulbildung gestärkt werden. Wir legen auch Wert auf den Übergang von der Schule in eine qualitative Arbeit für unsere jungen Mitarbeiter als Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

336. Der Binnenmarkt ist das Rückgrat der Europäischen Union und dessen gutes Funktionieren ist die Grundlage und der Rahmen für die wirtschaftliche Erholung in Europa. Wir müssen uns daher verpflichten, die Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt ordnungsgemäß durchzusetzen, indem seine Governance gestärkt und gleichzeitig seine soziale Dimension beachtet wird. Eine starke Führung von Seiten der europäischen Institutionen und politische Eigenverantwortung seitens der Mitgliedstaaten sind weiterhin erforderlich, um die verbleibenden Beschränkungen für die Freiheiten des Binnenmarktes zu beheben: Das Projekt ist solange nicht abgeschlossen, wie die Bürger und Unternehmen noch nicht vollständig von dessen Potenzial profitiert haben. Die Mobilität der Arbeitskräfte ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung. Der europäische Binnenmarkt erfordert auch ein europäisches Patentrecht. Die Vollendung des Binnenmarktes wird von besonderer Bedeutung für die digitale Wirtschaft sein.

Ein gut funktionierender Binnenmarkt hängt, auf der einen Seite, von der gemeinsamen Anstrengung der Mitgliedstaaten ab, die dafür sorgen, dass Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt vollständig und pünktlich umgesetzt und angewandt werden, und, auf der anderen Seite, von der EU, die es für die Mitgliedstaaten einfacher machen muss, den rechtlichen Rahmen einzuhalten.

337. KMU sind das Rückgrat unserer Sozialen Marktwirtschaft, weil ihre Kapazitäten zur Schaffung von Arbeitsplätzen den größten Beitrag zum europäischen Arbeitsmarkt darstellen. Die europäische Wirtschaft braucht gesunde KMU, und KMU brauchen einen stabilen Rahmen, der gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleistet, in dem Marktversagen sowie starke Wettbewerbspolitik angesprochen werden. Unsere politische

Familie muss dafür sorgen, dass ein Umfeld geschaffen wird, in dem KMU in der Lage sind, zu wachsen und Innovationen zu tätigen, und in dem Menschen, insbesondere junge Menschen und Frauen, daran interessiert sind, ihre eigenen Unternehmen zu gründen. Um dies zu erreichen, ist eine erhebliche und kontinuierliche Verringerung der Verwaltungslasten, insbesondere für Kleinstunternehmen, notwendig. KMU werden ihr Wachstumspotenzial durch die Förderung des Zugangs zu Finanzmitteln und des Marktzugangs im Binnenmarkt als auch international erreichen. Um ihr Innovationspotenzial auszunutzen, müssen die KMU Unterstützung beim Aufbau kreativer Partnerschaften zwischen Industrie und Wissenschaft bekommen, da Synergien wichtig sind für Kreativität und für zukünftiges Wachstum. So wird Unternehmertum der Katalysator für Innovation und nachhaltige Entwicklung in Europa werden.

338. Im globalen Wettbewerb muss Europa seine Jugend, seine kreative Menschen, seine hart arbeitenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer, seine Erfinder, seine Unternehmen offen unterstützen und ermutigen, und es muss wieder ein bevorzugter Standort für alle neuen Arbeitsplätze schaffenden Aktivitäten werden.

339. Die Wirtschaftspolitik sollte zu stabilen öffentlichen Finanzen führen. Die heutigen Generationen sollten die Grundlage für eine prosperierende und stabile Wirtschaft für künftige Generationen schaffen. Wir müssen die öffentlichen Finanzen schützen und die Europäische Union auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten. Deshalb sagen wir Nein zu Versprechungen, die zu ungedeckten Ausgaben führen würden. Die Wirtschaftspolitik sollte aus Nachfragen nach Überschuss, Nachfragen nach einem ausgeglichenen Haushalt, Abbau der öffentlichen Verschuldung unter 60% des BIP gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt, freiem Handel und Wettbewerb innerhalb der EU bestehen. Alle Teile der Gesellschaft müssen die Last in einer fairen und ausgewogenen Weise tragen.

340. Know-how ist von zentraler Bedeutung für das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen, deshalb müssen wir die besten Voraussetzungen für den Wandel unserer Gesellschaft in eine wissensbasierte Gesellschaft schaffen. Um dieses grundlegende Ziel zu erreichen, sind Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation ein wesentliches Element. Der zukünftige Erfolg der europäischen Wirtschaft wird durch die entsprechenden Investitionen in diesem Bereich bestimmt werden.

341. Die EU ist immer noch die größte Wirtschaftsmacht der Welt und es gibt keinen Grund, warum Europa nicht die Welt in Sachen Innovation und Wissenschaft anführen sollte. Um einen hohen Lebensstandard aufrecht zu erhalten, muss die EU den anderen voraus bleiben. Im Allgemeinen sollten die Ausgaben für Hochschulbildung und Wissenschaft auf die leistungsfähigsten Einrichtungen umgelegt werden. Eine engere Koordinierung zwischen der nationalen Politik und der Politik auf EU-Ebene in diesem Bereich wäre ratsam, insbesondere im Hinblick auf die Politik mit dem Ziel, die öffentlichen Ausgaben als Hebel für F&E zu stärken. Es ist klar, dass wir in Europa ein innovationsfreundliches Umfeld brauchen: Das bedeutet weniger Bürokratie, mehr Flexibilität in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Forschung und Entwicklung.

342. Nur wenn wir die Wechselbeziehung zwischen den "Voraussetzungen für mehr Beschäftigung" und "hohen Sozialnormen" akzeptieren, werden wir den sozialen Zusammenhalt sichern. Wir müssen durch Investitionen in Bildung und Ausbildung auch die Mobilität fördern, insbesondere in Bezug auf sprachliche Fähigkeiten und vor allem für junge Menschen. Gleichzeitig muss Europa bessere Anreize für talentierte Menschen bieten, um die Abwanderung von Arbeitskräften über den Atlantik zu vermindern.

### **Bildung und Forschung**

343. Wir glauben, dass die Hochschulbildung als zentrale Politik auf EU-Ebene betrachtet werden muss. Das wird der einzige Weg für uns sein, eine wissensbasierte Wirtschaft zu schaffen und weltweit Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Eine wichtige Priorität ist die ständige Entwicklung der Hochschul- und Forschungspolitik, und die Förderung des Prozesses der Modernisierung in den Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet.

344. Die EU muss die stetige und sinnvolle Investition in Hochschulbildungs- und Forschungssysteme fördern. Wir sollten einem weiteren und stabilen Harmonisierungsprozess zwischen den verschiedenen Hochschulbildungs- und Forschungssystemen in ganz Europa entgegensehen. Die EU muss Reformen in den Systemen der Hochschulbildung, der Forschung und der Innovation fördern und koordinieren. Wir glauben, es sollte eine stärkere Beziehung zwischen Wirtschaft und

Hochschulen, auf der einen Seite, und der wissenschaftlichen Forschung und der Hochschulen, auf der anderen Seite, geben.

## **Erweiterung**

345. Erweiterung ist eine der erfolgreichsten europäischen Politiken und hat weitgehend die Attraktivität des europäischen Modells bewiesen. Die EU-Erweiterung bleibt eine wichtige Antwort auf die doppelte Herausforderung der Konsolidierung der globalen Rolle Europas und der Stabilisierung ihrer Nachbarschaft. Die EU-Erweiterung ist ein wirksames Instrument zur Förderung von Freiheit, Demokratie, Frieden, Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung, sowie Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa.

346. Die Europäische Volkspartei ist ein Befürworter von starken Beziehungen mit allen Ländern des europäischen Kontinents. Unser Ziel ist es, durch Mitgliedschaft oder strategische Partnerschaft ein wirklich vereintes Europa zu bilden. Stärkere Bindungen werden den Ländern dienen, die durch die europäischen Errungenschaften inspiriert sind, die gemeinsamen europäischen Werte zu teilen. Die Beitrittsländer werden vor ihrem Beitritt in vollem Umfang alle Kriterien und Anforderungen erfüllen müssen, und gleichzeitig muss die Fähigkeit der Union zur Integration neuer Staaten berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollte den europäischen Ländern, die nicht Mitglied werden können oder wollen, von der Europäischen Union eine strategische Partnerschaft mit der EU angeboten werden. Dieses Konzept sollte konkreter ausgearbeitet werden, um eine echte Alternative zur Vollmitgliedschaft darzustellen. Denkbare Optionen könnten multilaterale Vereinbarungen mit Teilnahme am Binnenmarkt und enge Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sein. Es sollte also ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der Erweiterung der EU und der Stärkung ihrer Identität und ihrer Kapazität zum effizienten Handeln erreicht werden.

## **Umwelt, Klimawandel und Energie**

347. Der Klimawandel ist eine weitere wichtige globale Herausforderung, die erhebliche Auswirkungen auf zukünftige Generationen haben wird. Eine zunehmende Anzahl von Naturkatastrophen auf der ganzen Welt, sowie der Anstieg der Öl- und Gaspreise, zeigen die Notwendigkeit eines raschen und mutigen Schritts in Richtung modernster und effizientester Technologien. Konkrete und weitsichtige Schritte in Richtung erneuerbarer

und kohlenstoffarmer Energiequellen werden in der Lage sein, die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden und gleichzeitig unsere Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen reduzieren. Die Europäische Union sollte weiterhin der Spitzenreiter in diesem Bereich sein, denn der Schutz der Umwelt kann nicht durch einzelne Staaten allein übernommen werden. Auf die gleiche Art und Weise muss die Europäische Union auch die Herausforderungen in Bezug auf die Wasserversorgung angehen und Umweltzerstörung im Allgemeinen und insbesondere den Verlust der Artenvielfalt aufhalten und zur Erhaltung und Regeneration der natürlichen Ressourcen (Luft, Wasser, Boden) beitragen.

348. Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus politisch instabilen Regionen ist ein weiterer wichtiger Grund, die Energieeffizienz zu erhöhen, kohlenstoffarme Energiequellen zu fördern, und Quellen und Wege der Energieversorgung zu diversifizieren. Die anhaltende weltweite Zunahme der Nachfrage nach Energie wird, zusammen mit nachlassenden Reserven, Energie verteuern. Deshalb sind neue Wege notwendig, um die Sicherheit der Energieversorgung für unsere Bürger und eine wettbewerbsfähige und stabile Umgebung für die europäische Industrie zu gewährleisten. Der Transport ist sowohl für Personen als auch für Güter wichtig. Der weltweite Handel nimmt zu, und das kann zu Wachstum führen. Daher ist es notwendig, dass der Verkehrssektor rasch die Nutzung fossiler Brennstoffe und damit die Erzeugung von Treibhausgasen reduziert.

### **Immigration und Integration**

349. Das Gefühl der "Zusammengehörigkeit" und das Teilen gemeinsamer Werte und Prinzipien müssen veranschaulicht und verstärkt werden, um die Unterstützung der Öffentlichkeit für das europäische Projekt nicht zu verlieren. Wir müssen vorsichtig sein, damit wir Angst, Hass und Gewalt nicht nachgeben, sondern Zusammenarbeit und Solidarität mit den gemäßigten Stimmen der verschiedenen Kulturen stärken.

350. Die EU verlangt eine Einwanderungspolitik, die, auf der einen Seite, auf den zunehmenden Druck von Migrationsströmen, und, auf der anderen Seite, auf die Notwendigkeit, den Herausforderungen der eigenen demographischen Situation gerecht zu werden, reagiert. Es besteht aus Sicht einer effizienten Steuerung der Einwanderung, sowie einer grundlegenden Anforderung der Konformität und Solidarität zwischen den

Mitgliedsstaaten offensichtlich die Notwendigkeit einer gemeinsamen Politik für die kontrollierte und gezielte Einwanderung, für die Bekämpfung der illegalen Einwanderung, für effektivere Grenzkontrollen, für die Durchsetzung von Rückübernahmeabkommen und für die Integration legaler Einwanderer in eine breitere Gesellschaft.

351. Eine wachsende Divergenz zwischen dem Grad des Bevölkerungswachstums in den Industrie- und Entwicklungsländern sowie dem Klimawandel wird wahrscheinlich intensiveren Druck auf eine Süd-Nord-Migration ausüben, die zu sozialen Spannungen führen kann, wenn es aufgrund eines massiven Verlusts von Talenten und Fähigkeiten einen deutlichen Rückgang des Lebensstandards gibt.

### **Demographischer Wandel**

352. Wir müssen uns auch bewusst sein, dass es nur wenige Volkswirtschaften in der Welt mit einem ähnlichen demographischen Profil gibt; die Bewältigung der Bevölkerungsalterung muss oberste Priorität der EU werden. Einer der Wege, dies zu tun, ist, unsere Arbeitskraft auf verschiedene Fähigkeitsebenen zu ergänzen.

353. Dies würde auch Bestimmungen wie die Anhebung des effektiven Renteneintrittsalters und Anreize für ältere Bürger, auf dem Arbeitsmarkt aktiv zu bleiben, zur Folge haben. Innerhalb einer transparenteren und besser regulierteren Finanz-Infrastruktur, sollten private Rentenfonds als Ergänzung zur öffentlichen Rentenversicherung eingeführt werden und klar definierte Beiträge sollten durch günstige Steuersysteme gefördert werden.

354. Weitere Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Beschäftigungsquote zu erhöhen, insbesondere in jenen Bevölkerungsgruppen, deren Potential wesentlich für die künftigen Herausforderungen des Arbeitsmarkts ist: ältere Arbeitnehmer, Jugendliche und Frauen im Allgemeinen. Besondere Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt zu fördern.

355. Dies wird auch notwendig sein, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken. Während die Bedeutung der Familie für die Erziehung der Kinder klar honoriert wird, sollten sich die Familienpolitik auch auf Instrumente konzentrieren, deren positive

Auswirkungen auf die demografischen Trends sich bewährt haben, wie die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung und Unterstützung der Familie in den ersten Jahren nach der Geburt.

### **Näher an die Bürger - Die Zukunft der EU-Institutionen**

356. Der fortschreitende Prozess der europäischen Integration fordert die Stärkung der demokratischen Teilhabe im europäischen Entscheidungsprozess. Demokratische Verfahren müssen in den Bereichen angewendet werden, in denen die Mitgliedstaaten ihre Zuständigkeiten an die EU übertragen haben. In dieser Hinsicht ist es dennoch notwendig, die Verbindungen zwischen den europäischen Institutionen, insbesondere dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten zu stärken. Der Vertrag von Lissabon ebnet den Weg für nationale Parlamente, das Subsidiaritätsprinzip im Entscheidungsprozess zu wahren. Solidarität und sozialer, wirtschaftlicher und territorialer Zusammenhalt sind wichtige Ziele der europäischen Integration.

357. Das Europäische Parlament ist heute die einzige demokratisch gewählte EU-Institution und ist eine zentrale Institution zur Entscheidungsfindung der Europäischen Union geworden. Die niedrige Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament beweist, dass ein Mangel an notwendigem öffentlichem Engagement in der europäischen Politik herrscht. Die Wahlen zum Europäischen Parlament müssen zu echten europäischen Wahlen werden und zwar so, dass mehr echte europäische Themen diskutiert werden, weil wir die demokratischen Rechte der europäischen Wähler ernstnehmen. Wir müssen das Bewusstsein der Wähler für die Relevanz ihrer Teilhabe an diesen Wahlen für die Legitimität des europäischen Projekts erhöhen.

358. Daher müssen wir auch an der Weiterentwicklung unserer pan-europäischen politischen Partei arbeiten und einen stärkeren europäischen Fokus in der Debatte durchsetzen. Der europäische Prozess muss in der politischen Debatte eine prominentere Position einnehmen. Wir müssen daher ein demokratischeres, transparenteres und effizienteres Europa entwickeln. EU-Bürger haben das Gefühl, dass sie keinerlei Einfluss auf EU-Entscheidungen haben, und kehren Gemeinschaftsprojekten den Rücken und suchen nationale Identifikation. Die EU-Institutionen müssen deshalb in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in Wirksamkeit, Effizienz und echten Mehrwert von Unionsprogrammen haben.



Die Bürger müssen deshalb Zugang zu allen Entscheidungen und Informationen haben, die von der Europäischen Union in deren Landessprache zur Verfügung gestellt werden. Die EVP unterstützt die Mehrsprachigkeit sehr, in dem Bewusstsein, dass sie ein wesentliches Element der Versöhnung zwischen der Union und ihren Bürgern ist.

359. Die Zukunft der EU wird vor allem von ihrer tatsächlichen Fähigkeit abhängen, spezifische Probleme, die ein Anliegen der Bürger sind, zu antizipieren, anzugehen und zu lösen. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, benötigt die Union eine auf allen Ebenen demokratisch kontrollierbare, transparente, effiziente und effektive Governance. Sie braucht einen effizienten Rahmen zur Überbrückung der Interessen ihrer Mitgliedsstaaten und zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bürger auf der Grundlage von Freiheit, Demokratie, Verantwortung, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität.

360. Die Union muss den Anwendungsbereich und die Verantwortlichkeit ihrer Institutionen vereinfachen und klar darstellen. Darüber hinaus wird eine Vereinfachung der Rechtsvorschriften und die Einführung einer Hierarchie der Normen, die die Transparenz und Kohärenz der Rechtsordnung der Gemeinschaft voranbringen, dazu beitragen, die Bürger besser mit der EU vertraut zu machen.

361. Eine Stärkung der EU-Institutionen und der gemeinschaftlichen Methoden der Entscheidungsfindung und der Verantwortlichkeiten sind eine Voraussetzung, um Transparenz, Effizienz, demokratische Rechenschaftspflicht und die Fähigkeit, einheitlich zu handeln, zu erreichen und auch zu verbessern, und dies alles um die enormen anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Dies ist in der Tat eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für den Erfolg der künftigen Erweiterung.

362. Die Union muss konsolidiert werden, indem sie in der Lage bleibt, ihre Ziele auch im Falle des Beitritts der neuen Mitgliedstaaten zu erreichen. Daher ist es entscheidend, dass große institutionelle Veränderungen vor Aufnahme der Beitrittsverhandlungen abgeschlossen werden.

## **Wirtschafts- und Währungsunion**

363. Der Euro kann nicht rückgängig gemacht werden und wir unterstützen die Maßnahmen der Mitgliedstaaten und EU-Institutionen, die notwendig sind, um das öffentliche Vertrauen und das Vertrauen der Märkte in die Stabilität der Währung zu verbessern. Die EVP sieht den Euro als tiefsten Ausdruck des Prozesses der europäischen Integration. Die Vorteile des Euro als unsere gemeinsame Währung überwiegen die Kosten bei weitem. Die Chancen für Bürger, Unternehmen und Volkswirtschaften überwiegen die Risiken, aber mehr wirtschafts- und finanzpolitische Integration sind nötig, um dieses Ergebnis zu gewährleisten. Um den Bürgern, Unternehmen und Investoren ein stabiles wirtschaftliches Umfeld zu bieten, brauchen wir mehr Disziplin von allen Mitgliedstaaten, mehr Konvergenz auf der Grundlage von bewährten Praktiken und eine bessere Koordinierung der nationalen Finanzpolitik.

364. Die Erfüllung der Verantwortlichkeiten sowohl durch die Mitgliedstaaten als auch die EU-Institutionen ist die grundlegende Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Governance in der Europäischen Union. Die EVP ist bereit, die Einschränkungen, die von einer gemeinsamen Geldpolitik und einer separaten, manchmal divergenten, Finanzpolitik auf nationaler Ebene herrühren, anzugehen. Im Hinblick auf die Notwendigkeit der Entwicklung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik bedeutet die Mitgliedschaft in einer Währungsunion Verantwortung und Solidarität in Bezug auf die gemeinsame Währung. Dies erfordert eine solide Politik, Haushaltsdisziplin und kontinuierliche wirtschaftliche Reformen. Es erfordert auch einen erheblichen Teil finanzieller Ressourcen, die durch den EU-Haushalt fließen müssen.

365. Zunehmende Interdependenz zwischen unseren europäischen Volkswirtschaften auf einem gemeinsamen Binnenmarkt und einer gemeinsamen Währung erfordert die weitere Stärkung der wirtschaftlichen Governance. Wir brauchen Werkzeuge und Institutionen, die unsere konvergenten wirtschaftlichen Ziele umsetzen können. Wir sind entschlossen, die treibende Kraft für die Anpassung der EU-Institutionen, deren Politiken und Instrumente, auf solche Art und Weise zu sein, dass künftige Wirtschaftskrisen vermieden werden können und die Zukunft unserer gemeinsamen Währung, dem Euro, sichergestellt werden kann. Eine glaubwürdige ökonomische Governance schlägt die Festlegung konkreter Ziele und Verpflichtungen vor. Die Europäische Kommission muss solche Ziele formulieren und

deren Umsetzung überwachen. In diesem Zusammenhang muss die Kommission ein System von Empfehlungen, Korrekturen und Sanktionen ausführen. Der Rat darf solche Entscheidungen nur mit qualifizierter Mehrheit aussetzen oder ablehnen.

366. Angesichts der Zusagen der meisten Mitgliedstaaten, der gemeinsamen Währung beizutreten, sobald sie die Kriterien erfüllen, sind wir uns der Notwendigkeit einer stärkeren Konvergenz zwischen der EU und der Eurozone bewusst. Auf dieser Grundlage setzen wir auf die Einbeziehung von Nicht-Eurozonen-Mitgliedstaaten in Entscheidungsprozesse, die ihre Wirtschafts- und Währungsfragen betreffen. Wir sehen dies als ein Instrument zur Bewertung der Auswirkungen der Entscheidungen in der Eurozone auf alle EU-Mitgliedstaaten und als Instrument zur Stärkung der Koordination zwischen den aktuellen und zukünftigen Mitgliedern der Eurozone. Wir sind davon überzeugt, dass sich jeder Mitgliedstaat an die Haushaltsdisziplin halten sollte. Angesichts finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Risiken, lehnen wir jeden Vorstoß ab, einen Mitgliedstaat aus der Eurozone auszuschließen. Dies wäre eine Gefahr für die Stabilität des Euros und ein Rückschlag für den Prozess der europäischen Integration.

367. Wir haben uns ganz der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und ihrem primären Ziel, der Preisstabilität in der Eurozone, verpflichtet. Die niedrigen Inflationsraten der EZB ermöglichen stabile Kaufkraft für unsere Bürger. Wir begrüßen jede Maßnahme, die von der Europäischen Zentralbank im Rahmen ihrer Satzung getroffen wird, um die Stabilität des europäischen Finanzsystems als Ganzes zu ermöglichen.

368. Ein hoher Stand an öffentlichen und privaten Schulden erzeugt makroökonomische und finanzielle Schwachstellen, da sie die Optionen der Regierungen, fundierte Antworten auf unvorhergesehene wirtschaftliche Entwicklungen zu bieten, begrenzen und die Marktabhängigkeit erhöhen. Hoch verschuldete Länder stehen vor zusätzlichen Herausforderungen, wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen. Eine umsichtige Finanzpolitik sollte so durchgeführt werden, dass das Vertrauen der Märkte gewährleistet ist und Rückstellungen für unvorhergesehene Ereignisse geschaffen werden können. Wir müssen die Stabilität der Eurozone in einer solchen Art und Weise sicherstellen, dass sie für Investoren glaubwürdig ist, und ihnen ein stabiles und berechenbares Umfeld bietet. Die Aufrechterhaltung des Vertrauens der Investoren muss in den

Entscheidungsprozessen immer eine Priorität sein. Das kann am besten durch Reformen und die Aufrechterhaltung des No-Bailout-Prinzips des Vertrages erreicht werden, was wiederum gegenseitige Solidarität unter den Mitgliedsstaaten nicht ausschließt.

369. Wir sind uns der Risiken bewusst, die durch untragbar hohe Schuldenlasten entstehen, und lehnen die Ansammlung von privaten und öffentlichen Schulden, die nicht nachhaltig sind, ab. Übermäßige öffentliche Verschuldung stellt eine unangemessene Belastung künftiger Generationen dar und ist daher nicht akzeptabel. Unsere Politik sollte stets im Einklang mit den Zielen der sozialen Marktwirtschaft und der nachhaltigen wirtschaftlichen Ziele sein. Wir erkennen auch an, dass groß angelegter Betrug, Steuerhinterziehung und Korruption zur Wirtschafts- und Finanzkrise beigetragen haben und damit alle Finanz- und Hilfspakete mit Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung solcher Verbrechen gekoppelt sein müssen.

370. Wir fördern die Reform der europäischen Wirtschaft auf solche Art und Weise, dass Stabilität, soziales Wohlergehen und Wohlstand gesichert werden. Dies impliziert Maßnahmen zur Reform ineffizienter Sozialversicherungssysteme und arbeitsrechtlicher Regelungen in einer Art und Weise, die sichere Beschäftigung und Wachstum stimuliert. Strukturreformen sollten auch auf konkrete Maßnahmen setzen, um Beschäftigung und soziale Eingliederung zu fördern. Eine solide Finanzpolitik ist zweifellos auf lange Sicht eine Quelle für Wachstum und Beschäftigung. Die Haushaltskonsolidierung sollte immer die Wirkung berücksichtigen, die haushaltspolitische Maßnahmen auf unseren Arbeitsmarkt haben.

371. Die EVP ist der Ansicht, dass die Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Konvergenz in Bezug auf die Niveaus der leistungstärksten Mitgliedstaaten wesentliche Faktoren für den langfristigen Erfolg unserer gemeinsamen Währung sind. Die Unterschiede und Ungleichheiten zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu reduzieren, sollte ein langfristiges Ziel einer EU-weiten Koordinierung der Wirtschaftspolitik sein. Wir werden auch weiterhin ein starker Verfechter von Strukturreformen zur Schaffung von Wachstum sein. In diesem Zusammenhang glauben wir an die Anpassung der Löhne an die Produktivität und an die Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums durch Wettbewerb auf dem angeschlossenen Binnenmarkt. Wir sind uns der Notwendigkeit bewusst, die

effektive Zeit der Arbeit in Europa zu erhöhen, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Nachhaltigkeit unserer Rentensysteme zu sichern.

372. Die EVP erkennt die Notwendigkeit der Finanzierung von Investitionen für zukünftiges Wachstum an. In diesem Zusammenhang müssen wir die Effizienz der Europäischen Investitionsbank (EIB) verbessern und ihre Expertise besser nutzen, um Unternehmen Zugang zu Krediten zu gewähren.

373. Zum Wohle des sozialen Wohlbefindens der Menschen ist es wichtig, dass es in der Gesellschaft einen gemeinsamen arbeitsfreien Tag in der Woche gibt. Seit Jahrhunderten gab es in Europa einen solchen Tag am Sonntag. Für die Erhaltung der kulturellen Wurzeln Europas ist es ebenfalls wichtig, den Sonntag als gemeinsamen pan-europäischen arbeitsfreien Tag zu verteidigen.

374. Die EVP betont die Notwendigkeit einer Reform des globalen Banken- und Finanzsystems. Banken müssen zu ihrer primären Funktion zurückkehren, d.h. der Realwirtschaft dienen, Unternehmertum und wirtschaftliche Entwicklung stimulieren. Banken müssen ein Auslöser für wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Ein zuverlässiges Bankensystem ist der Schlüssel zu unserem Wohlstand. Finanzdienstleistungen sollen Wirtschaftsakteuren helfen, Risiken für ihre wirtschaftliche Tätigkeit zu verwalten und zu minimieren, und nicht Spekulation fördern. Es ist wichtig, dass den EU-Mitgliedstaaten ermöglicht wird, über ihr eigenes Niveau der Regulierung der Finanzmärkte zu entscheiden, d.h. durch die Eigenkapitalanforderungen an Banken. EU-Verordnungen sollten als Mindeststandard betrachtet werden. Unser Ziel ist ein Finanzsektor mit einer verbesserten Fähigkeit, Schocks aus finanziellem und wirtschaftlichem Druck zu absorbieren. Wir sind uns bewusst, dass stärkere, sicherere Banken kurzfristig gesehen weniger rentabel sind, aber wir sind der Meinung, dass die Stabilität der Renditen und des Bankensystems als Ganzes, sowohl mikro- als auch makroökonomische Kosten überwiegt. Wir sind auch entschlossen, sicherzustellen, dass die Reform des globalen Finanzsystems nicht zu einem Wettbewerbsnachteil für die europäischen Banken führen und keine zusätzlichen Belastungen für die Finanzierung der wirtschaftlichen Aktivitäten in Europa darstellen.

375. Die EVP sieht die kontinuierlichen Verbesserungen der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit als primäre Lösung, um die wirtschaftlichen Nachteile, die wir nun erleben, zu bekämpfen, und als Voraussetzung für langfristiges nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Die EU-Strukturfonds sollten so verteilt werden, dass sie ihrem ursprünglichen Zweck der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer weniger wettbewerbsfähigen Regionen dienen. Die Europäische Kommission muss daher sicherstellen, dass diese Mittel effektiv und in einer nachhaltigen Art und Weise verwendet werden.

376. Die Institutionen der Union und der Mitgliedstaaten sollten weiterhin, auf der Grundlage der Prinzipien der Solidarität und der Gegenseitigkeit und der strikten Konditionalität, bereit sein, jedem EU-Mitgliedstaat in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu helfen. Behörden in den Empfängerländern sollten ihre europäischen und internationalen Verpflichtungen einhalten und Strukturreformen auf nationaler Ebene durchführen, die die zukünftigen Perspektiven ihrer Volkswirtschaften verbessern, das Vertrauen der Anleger wieder gewinnen und zur Nachhaltigkeit ihrer öffentlichen Finanzen zurückkehren.

### **Bürger in der vordersten Reihe**

377. Europa hat sich den neuen Herausforderungen zu stellen und seine hohen Ziele zu erreichen. Die demografischen Entwicklungen und die Alterung unserer Bevölkerung stellen große Chancen, aber auch große Herausforderungen dar, die tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Gesellschaften haben wird. Europa muss garantieren, dass die Reorganisation unserer Gesellschaften die Notwendigkeit eines praktizierten Ausdrucks der Solidarität zwischen den Generationen und der Anliegen unserer älteren Bürger widerspiegelt, ohne dabei die Rechte der kommenden Generationen zu beeinträchtigen. Sie sollte die Übertragbarkeit von sozialen Rechten, Mobilität und das Wohlbefinden der alternden Bevölkerung fördern, damit diese ihren Ruhestand als eine Periode des Wohlbefindens erleben kann, statt Schmerz und Isolation ertragen zu müssen.

378. Krankheiten und Epidemien, die nicht an nationalen Grenzen Halt machen, so wie mögliche bewusste Gesundheitsgefahren (Bioterrorismus) stellen neue Herausforderungen für die öffentliche Gesundheit dar. Europa muss die

grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung stärken, um den Bürgern das höchste Maß an Schutz zu bieten.

379. Die EVP ist davon überzeugt, dass die europäischen Bürger die höchstmöglichen Standards in ihren Lebensgewohnheiten und einen wirksamen Schutz ihrer Rechte als Verbraucher verdienen. Auf kommunaler Ebene müssen wesentliche gemeinsame Regeln und Praktiken im Bereich des Verbraucherschutzes vereinbart und mit der notwendigen einheitlichen Durchsetzung dieser Regeln kombiniert werden. Um diese Rechte zu gewährleisten, ist es unerlässlich, dass die Verteilung der zugänglichen und relevanten Informationen gewährleistet ist, sodass die Verbraucher eine unabhängige, fundierte Entscheidung treffen können.

380. Europa ist auf der ganzen Welt bekannt für seine qualitativ hochwertigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die die Basis unseres gastronomischen Erbes darstellen. Wir müssen diese Qualität aufrechterhalten und sogar, wo möglich, verbessern. Deshalb sind strenge Normen für die Herstellung von sicheren und gesunden Lebensmitteln und eine weitere Förderung von Bioprodukten notwendig. Diese Lebensmittelsicherheit sowie die Ernährungssicherheit und eine stetige und sichere Lieferung von Produkten, sind unverzichtbare Elemente unserer Vision einer modernen Agrarpolitik. Zur gleichen Zeit muss die Gemeinsame Agrarpolitik der EU, die bereits in den vergangenen Jahrzehnten modernisiert wurde, weiter reformiert werden, um ein nachhaltiges Modell der Landwirtschaft zu fördern, wobei Lebensmittel-Knappheiten als Folge des Bevölkerungswachstums und des Klimawandels, sowie die wirtschaftliche Rolle der Landschaft berücksichtigt werden müssen.

381. Diese Reform sollte den neuen und stark steigenden weltweiten Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Food und Non-Food) berücksichtigen, der von einer wachsenden Weltbevölkerung, wesentlichen Änderungen in den Ernährungsgewohnheiten (angestiegener Fleischkonsum) und die Verwendung von Biokraftstoffen verursacht wird. Zur gleichen Zeit müssen wir die abnehmende Kapazität der landwirtschaftlichen Produktion in einigen Bereichen außerhalb Europas aufgrund des Klimawandels und der Knappheit von Wasser berücksichtigen. Angesichts dieser Perspektive sollte die kontinuierliche Weiterentwicklung und Anpassung der landwirtschaftlichen Kapazitäten Europas erleichtert werden.

382. Um die Rechtsansprüche der europäischen Bürger zu wahren, muss der Zugang zur Justiz weniger teuer und weniger kompliziert werden, sowie schneller, aber ohne dabei überladen zu sein. Daher ist es notwendig, alternative Systeme zur Beilegung von Streitigkeiten zu fördern, wie Schieds- oder Schlichtungsverfahren, die schneller sind und weniger belastende Lösungen erbringen, ohne dabei die nationale öffentliche Ordnung zu untergraben. Gleichzeitig sind Verbesserungen der Effektivität in Bezug auf grenzüberschreitende Rechtsverfahren durch die Systeme der Rechtshilfe, die bereits in allen Mitgliedstaaten existieren, erforderlich. Die EVP spricht sich auch für die Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit aus, der das Subsidiaritätsprinzip vollständig respektiert. Eine Auswertung aller Systeme zum Gesetzesvollzug und der Justizsysteme und der Austausch bewährter Praktiken sind von entscheidender Bedeutung für die Stärkung dieser Zusammenarbeit, und eine zeitnahe und effiziente Antwort auf grenzüberschreitende Kriminalität.

383. Die Charta der Grundrechte, die in das EU-Recht übernommen worden ist, bietet den Bürgern zusätzlichen Schutz, auch gegen ihre eigenen Mitgliedsstaaten. Der erwartete Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wird diesen Schutz weiter verstärken. Dies betrifft die Bürger als Verbraucher, Arbeitnehmer, Rentner, Patienten, Studenten, Beamte, aber auch als Subjekte der Union in Bezug auf die EU-Verwaltung und deren Vertreter. Die EVP will, dass die Sicherheit der Bürger im täglichen Leben durch die Bereitstellung einer besseren Gesundheitsversorgung, durch qualitativ hochwertige Lebensmittel, hohe Umweltstandards und einen effizienten Schutz ihrer Rechte als Verbraucher geachtet wird.



## **Schlussbemerkung**

401. Wir, die Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei, sind entschlossen, die führende Rolle unserer Parteienfamilie in der Entwicklung der Europäischen Union zu pflegen und zu erweitern. Wir werden unseren Werten treu bleiben und offen sein für Veränderungen, und damit unser Bestes tun, um uns den Herausforderungen unserer Zeit zu stellen und Lösungen für eine bessere Europäische Union zu erarbeiten.

402. Eine bessere Europäische Union ist vor allem eine stärkere und effizientere Union, die unseren Bürgern Freiheit, Sicherheit, Nachhaltigkeit und Wohlstand liefert, die die Nationalstaaten allein jetzt und in der Zukunft nicht bieten können. Sie ist eine Union, die ihre wirtschaftliche Dynamik und globale Wettbewerbsfähigkeit durch Vollendung des Binnenmarktes zurückgewinnt und die ihre wirtschaftliche Zukunft nicht nur durch eine gemeinsame Währung, sondern auch durch eine gemeinsame wirtschaftliche Governance sichert.

403. Eine bessere Europäische Union ist eine weltoffene Union, die zur Verbreitung der Menschenrechte und der pluralistischen Demokratie beiträgt, die Demokraten und Menschenrechtsaktivisten auf der ganzen Welt hilft und verteidigt, Frieden und Nachhaltigkeit verpflichtet ist, sowie durch starke internationale Institutionen aktiv an der globalen Governance teilnimmt. Sie ist eine Union mit starken Instrumenten für eine wirksame gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik und dem politischen Willen, diese Instrumente zum Wohle Europas sowie der Menschheit als Ganzes zur Anwendung zu bringen.

404. Eine bessere Europäische Union ist auch eine Union, die näher bei den Bürgern steht und auf deren Anliegen eingeht, die fest im Subsidiaritätsprinzip verankert und bereit ist, die demokratische Teilhabe zu stärken. Dies setzt starke europäische Parteien voraus, die konstruktiv im Europäischen Parlament und auch in der entstehenden europäischen Öffentlichkeit handeln können, und die Kluft zwischen den Bürgern, den nationalen Parteien und den nationalen Regierungen auf der einen Seite und den Institutionen der Europäischen Union auf der anderen Seite überbrücken.

405. Wir wollen unsere Position als stärkste Partei Europas ausbauen. Das bedeutet Arbeit in Bezug auf Expansion sowie auf Zusammenhalt. Wir werden uns bemühen, uns an örtliche Gegebenheiten anzupassen und dabei unser gesamtes Profil zu schärfen und durch stabile Netzwerke des Dialogs und der Zusammenarbeit über die Grenzen der Union hinaus zu wirken. Wir werden kontinuierlich unsere Parteistrukturen und Institutionen modernisieren. Vor allem aber werden wir weiterhin unsere Politik auf dem soliden Fundament unserer Grundwerte entwickeln. Genau wie in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, sind wir der Stärkung der Position der EVP als bestimmende Kraft verpflichtet, um Europa zu ermöglichen, auch auf die dramatischen neuen Herausforderungen und Chancen in diesem Jahrhundert zu reagieren.

## **Vorbehalte**

**Vorbehalte gegenüber der Grundsatzprogramm der Europäischen Volkspartei**  
verabschiedet vom EVP-Kongress (Bukarest, 17. Oktober, 2012)  
(ausgedrückt durch die 'Union pour un Mouvement Populaire', Frankreich  
und vollständig durch das 'Centre démocrate humaniste', Belgien unterstützt)

Im Sinne der Anerkennung einer Vielzahl von Ansichten innerhalb der Europäischen Volkspartei, die durch deren Grundprinzipien garantiert ist;

Sowie im übrigen es im Interesse der Europäischen Volkspartei liegt, dass Mitgliedsparteien umfassende Unterstützung hinsichtlich der grundsätzlichen Rahmenrichtlinien bieten, um das gemeinsame Agieren zu leiten;

Die 'Union pour un Mouvement Populaire', äußert mit dieser Erklärung zur Verordnung, die als Anhang gilt und mit Unterstützung, am 18. Oktober 2012 angenommen wurde folgende Vorbehalte gegenüber der Grundsatzprogramm:

- 1) Das Prinzip des Säkularismus ist in Frankreich ein wesentlicher Bestandteil des Sozialpaktes und nimmt einen zentralen Platz in allen politischen sowie moralischen Werten der Mitstreiter der 'Union pour un Mouvement Populaire' ein. Auf dieser Grundlage betrachtet die 'Union pour un Mouvement Populaire', dass Erklärungen über die göttliche Natur der Schöpfung, wie es in der Grundsatzprogramm der Europäischen Volkspartei gibt, individuelle Überzeugung bleiben. Als solche scheinen diese Ansprüche nicht vereinbar zu sein mit dem absoluten Respekt für die Freiheit des Gewissens, welche ein nicht-verhandelbares Prinzip für die 'Union pour un Mouvement Populaire' ist. Das unerschütterliche Engagement der 'Union pour un Mouvement Populaire' für das Prinzip des Säkularismus impliziert, dass es eine klare Unterscheidung zwischen der politischen und der religiösen Sphäre geben sollte.
- 2) Die 'Union pour un Mouvement Populaire' bekräftigt ihre Verpflichtung für die Rechte des Einzelnen und die Bewahrung der französischen Gesetzgebung. Dies garantiert "Respekt für jeden Menschen von der Geburt an." Weiterhin heißt es, "dieses Prinzip kann nur dann verletzt werden, sofern dieses notwendig erscheint, und unter den Bedingungen, die gesetzlich festgelegt sind." Dieses Gesetz stellt sicher, dass Frauen Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibung haben - innerhalb der Grenzen, die durch das Gesetz festgehalten sind. Die 'Union pour un Mouvement Populaire' erkennt diese Freiheiten als fundamental an.
- 3) In Bezug auf bioethische Themen, die derzeit in der gesamten Europäischen Union diskutiert werden, möchte die 'Union pour un Mouvement Populaire', ihr Engagement

für den Rechtsstaat, welcher wiederum die Forschung regelt, bekräftigen. Diese Vorschriften, die in Frankreich durch eine Reihe von Gesetzen und durch die Mitglieder des Parlaments von der ‚Union pour un Mouvement Populaire‘ bestimmt worden sind, stellen die Einhaltung unserer Werte sowie die Verbesserung des wissenschaftlichen Wissenstands sicher. In dieser Hinsicht verteidigt die ‚Union pour un Mouvement Populaire‘ das Forschungsverbot an embryonalen Stammzellen derweil; Ausnahmeregelungen jedoch unter extrem kontrollierten Bedingungen werden akzeptiert.

**Vorbehalte gegenüber der Grundsatzprogramm der Europäischen Volkspartei**  
 verabschiedet vom EVP-Kongress (Bukarest, 17. Oktober, 2012)  
 (ausgedrückt durch die Moderate Partei Schwedens)

### **Abstimmungserklärung**

In Bezug auf das Grundsatzprogramm der EVP, die vom EVP-Kongress in Bukarest, 17. Oktober 2012 angenommen wurde, möchten wir, ‚die moderate Partei Schwedens‘, unseren Standpunkt hinsichtlich einiger aktueller Herausforderungen, welche die europäischen Bürger heutzutage betreffen, erklären. Die Lösung der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Krise wird in vielen Mitgliedstaaten als eine verstärkte Zusammenarbeit und Integration gesehen. Auf der Grundlage des wirklichen EVP-Geistes, benötigen wir eine nachdrückliche Herangehensweise und weitere Reformen hin zu mehr Subsidiarität, Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Aus diesem Grund unterstützen wir nicht:

- Die Fortschritte in Richtung eines föderalen Modells mit direkter Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission. Wir sind der Meinung, dass dies riskiert das Demokratiedefizit der Union zu vergrößern.
- Die Idee, pan-europäische politische Parteien zu schaffen. Wir teilen die Ansicht, dass diese Art von pan-europäischen Parteien neben den heutigen nationalen politischen Parteien das Vertrauen zwischen Wählern und Gewählten untergraben könnte; dies würde weder die demokratischen Rechte von europäischen Wählern stärken noch ihr Interesse an Angelegenheiten der Europäischen Union.

Wir glauben, dass:

- Steuern auf nationaler Ebene beschlossen werden sollten.
- Fragen im Zusammenhang mit Abtreibung weder auf europäischer Ebene noch in diesem Grundsatzprogramm behandelt werden sollten.
- Jeder Mitgliedsstaat das Recht haben muss, zu entscheiden, wie es andere mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten behaftete EU-Mitglieder unterstützen möchte, sei es mit Hilfe des IWF, der Europäischen Union, bilateral oder in anderer Weise.

Mit diesen genannten Punkten möchte die Moderate Partei hiermit ihren Vorbehalt zum Grundsatzprogramm, das vom EVP-Kongress am 17. Oktober 2012 verabschiedet wurde, ausdrücken.